Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 36 vom 7. September 1984 18. Jahrgang 1 DM

Diese Woche

Managergehälter wer alles auch an der Wende verdient — Seite 5

Berufsverbote über die „neue Welle" — Seite 6

Südafrika Wahlen, Morde und Rassismus — Seite 10

Kohls Horror-Show

Am letzten Sonntag veranstaltete der sogenannte Bund der Vertriebenen" in Braunschweig seinen „Tag der Heimat". Der Chefvertriebene Czaja, CDU-Bundestagsabgeordneter, konnte dabei voller Freude seit langem wieder den Kanzler begrüßen.

Und auch sonst war alles ein Herz und eine Seele. Czaja: Es sei nicht so, daß die BRD polnisches Gebiet fordere, sondern Polen fordere deutsches Gebiet. Kohl: Für ein wiedervereinigtes Deutschland gelte die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze nicht...

Czaja: Fürsorge für die vier Millionen[!] Deutschen[?] im Ausland, sprich, ohne daß er es wörtlich sagte „unter der slawischen Knute", müsse eine Aufgabe der Bundesregierung sein.

Kohl: „Unser Vaterland" ist mehr als die Bundesrepublik Deutschland... Wie man sieht: Sehr einig waren sich die beiden Herren. Der frenetische Beifall der anwesenden Berufsvertriebenen war ihnen auch dann sicher, als sie auch gegen die versagende Planwirtschaft (da könnten sie sich mit manchem Funktionär von drüben einigen) wetterten.

Und, wen mag es erstaunen: Beide sehen selbstverständlicherweise auch nicht das allergeringste Anzeichen eines Revanchismus in der BRD.

Honecker kommt nicht

Nun kommt er doch nicht, der Staatsratsvorsitzende der DDR. Vermutet wurde es schon nach seinem superkurzen Besuch beim BASF-Stand auf der Leipziger Messe. Die Bundesregierung tut enttäuscht, liegt ihr doch angeblich so viel an „deutsch-deutscher" Politik. Sie darf sich aber nicht wundern, wenn ein Staatsgast aus dem Osten nicht kommt. Gerade jetzt nicht kommt, wo vom Kanzler bis zum Verteidigungsminister der 1. September — 45 Jahre nach dem Überfall der Wehrmacht auf Polen für Besuche bei Revanchisten- und Militaristenveranstaltungen ausgesucht werden, wo der Fraktionsvorsitzende der Union im Bundestag, Scharfmacher Dregger öffentlich fragt, was Honecker hier eigentlich will. Diese Absage hat Kohls Chaoskabinett selbst provoziert.

Staatsbesuch aus der Türkei

Özal kommt nach Bonn — zum Rapport

Vier Jahre ist es her, daß der Militärputsch in der Türkei dieses Land in eine Militärdiktatur verwandelte. Gerade auf der Höhe dieses traurigen Jahrestages besucht der Ministerpräsident Turgut Özal die Bundesrepublik. Eine Bundesrepublik deren Regierungen auf die verschiedenste Weise als Hintermänner dieses Putsches und des durch ihn errichteten Regimes wirkten.

NATO-Planungen, Finanzhilfe und Militärhilfe durch die Bundesregierung, verteidigen dieses Regimes in der internationalen Öffentlichkeit — das sind in kurzen Stichworten Fakten, die die Rolle sowohl der heutigen schwarzen Regierung beschreiben als auch die ihrer sozialdemokratisch geführten Vorgängerin. Ein Verhältnis, das eine lange Tradition hat und in dem, vor dem Einzug der Grünen, eine Bonner Allparteienkoalition bestand, die sich immer wieder ausgedrückt hat.



Strategische und wirtschaftliche Interessen, das liegt im „Fall Türkei" so deutlich auf der Hand wie selten, sind die Ursachen dafür, daß der westdeutsche Imperialismus so massiv daran arbeitet, in der Türkei ein Regime zu haben, das jeglichen Volkswiderstand zu unterdrücken bereit ist. Als fester NATO-Stützpunkt in Nahost hat die Türkei auch in der Vergangenheit bereits eine wichtige Rolle gespielt (beim US-Überfall 1958 auf den Libanon beispielsweise) und soll dies künftig erst recht tun.

Was die wirtschaftlichen Interessen betrifft: Der jüngste Abschluß der KWU, ein AKW in die Türkei zu liefern, das weit unterhalb der bundesdeutschen Sicherheitsvorschriften liegt, zeigt schon deutlich, daß da viel Profit zu machen ist. Özals Einladung zur „Geburtstagsfeier" des Deutschen Nah- und Mittelostvereins in Hamburg (siehe auch Artikel dazu auf Seite 2) unterstreicht diese Tatsache ebenfalls. Andererseits nimmt die Bundesregierung auch „Rücksicht" auf ihren Schützling. Die Debatte über die Verschärfung des Ausländerrechts wurde faktisch wegen dieses Besuchs verschoben, um nicht allzu deutlich werden zu lassen, daß Özal die Interessen der Einwanderer aus der Türkei in der BRD verkauft. Den Verzicht auf die Erleichterungen für die Einwanderung für Bürger aus der Türkei, wie sie eigentlich ab übernächstes Jahr fällig wären, will man ihm allerdings wohl doch jetzt schon abhandeln.

Özals Besuch in der BRD ist erst recht Grund zum Protest gegen das türkische Militärregime und gegen die Bundesregierung. Und wenn sie ihn zehnmal als „Demokratisierer" feiern lassen wollen, kann dies nicht verbergen, daß er nichts ist als ein Handlanger, der ein paar Farcen, die sie Demokratie nennen organisiert hat und ansonsten den Ausverkauf der Türkei und die Unterdrückung der Völker der Türkei betreibt.

Stoltenbergs Attacke

Auf der Tagung der NRW-Wirtschaftsvereinigung der CDU fand Finanzminister Stoltenberg den Schuldigen dafür, daß sich seine und seines Kanzlers Versprechungen als leer erwiesen haben. Wie zu erwarten gewesen war: die Gewerkschaften. Jene, die die 35-Stunden-Woche forderten oder noch fordern, versteht sich.

Wenn es heute nicht weniger Arbeitslose gäbe als früher, dann deshalb, weil die Forderungen der Gewerkschaften, der Streik usw. zu neuen Arbeitslosen geführt hätten.

Natürlich hatte Stoltenberg keinen Beweis für seine Behauptung. Schon gar nicht konnte er auch nur einen Arbeiter anführen, der von der Gewerkschaft entlassen wurde. Aber mit Tatsachen hat er es sowieso nicht sehr, vielmehr dagegen mit demagogischen Ausfällen.

Was er tat, war schließlich nur das auf die Spitze zu treiben, was die Regierung, der er angehört und die Parteien, die diese Regierung bilden, seit langem tun: Zu behaupten, daß jede Forderung an die ach so armen Kapitalisten diese geradezu dazu zwinge, „aufzugeben", neue Leute zu entlassen.

Umgekehrt also: Man muß nur dafür sorgen, daß zu ihrer 10ten Million noch eine elfte dazu kommt, dann, ja dann vielleicht stellen sie einen ein. Vorausgesetzt er stellt keine Ansprüche, verzichtet auf seine Rechte, will wenig Geld. Oder: Der feine Herr überlegt sich gleich eine neue Maschine zu kaufen...

TÜRKEI-DEMONSTRATION

Aus Anlaß des 4. Jahrestages des Militärputsches in der Türkei rufen zahlreiche Organisationen aus der Türkei zu dieser Protestdemonstration auf. Die KPD unterstützt diese Aktion wie zahlreiche andere deutsche Organisationen auch. Wir rufen unsere Genossen und alle unsere Leser aus NRW auf, sich ebenfalls zu beteiligen. Gerade angesichts der besonderen Rolle, die die Bundesregierungen gegenüber der Türkei gespielt haben und spielen, ist es für westdeutsche antiimperialistische Kräfte eine Pflicht, sich daran zu beteiligen. Und speziell für unsere Partei, die sich als Partei aller Arbeiter in der Bundesrepublik gleich welcher Nationalität versteht, ist es erst recht nötig, diese Aktion mitzutragen!

Samstag, 8. September, 10.00 Uhr
Köln-Ebertplatz

Arbeitsstoffe zentraler Krebsverursacher

In einem Brief an den Bundesarbeitsminister hat der DGB-Bundesvorstand verschiedene Maßnahmen gefordert, um die Krebserzeugung durch Arbeitsstoffe zu erfassen und besser bekämpfen zu können.

Der Brief des stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Muhr beruft sich dabei auf den jüngst veröffentlichten Krebsatlas, den das Deutsche Krebsforschungszentrum in Heidelberg erarbeitet hatte.

Dabei werde deutlich, daß insbesondere der Lungenkrebs verstärkt durch Arbeitsstoffe erzeugt werde. Sonst wäre es, die Tatsache berücksichtigt, daß die männlichen Raucher relativ gleichmäßig über die BRD verteilt sind, nicht denkbar, daß es Gebiete gäbe, in denen der Lungenkrebs bei Männern so überdurchschnittlich stark auftrete. Dies betrifft die Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Saarland, sowie die Stadtstaaten. Da in denselben Regionen der Lungenkrebs bei Frauen wesentlich geringer ist, kommen auch Umweltprobleme als Hauptfaktor nicht in Frage.

Der bisherige geringe Anteil staatlicher Forschungsgelder gerade für diesen Bereich der Krebsforschung wird in dem Brief stark kritisiert. Nicht eingegangen wird in dem Brief, soweit er bisher bekannt wurde, allerdings auf die Haltung der Kapitalisten selbst zu diesem Problem. Man erinnere sich dabei an den massiven Widerstand der Kapitalisten gegen die Ersetzung von Asbest als Arbeitsstoff, was diesen Vorgang um Ewigkeiten verzögert hat und sicherlich zugunsten des Profits viele schwere Erkrankungen bewußt „in Kauf genommen" wurden — nicht von den Betroffenen, sondern von ihren Unternehmern. Oder, als jüngstes Beispiel, der Vormarsch der BASF um die Studie über die Wirkung von Formaldehyd der Öffentlichkeit vorzuenthalten.

Ohne Zweifel sind die Arbeitsstoffe zunehmend ein Problem, das auch betrieblich behandelt werden muß — wobei in manchem Betrieb mit der schlechten Tradition gebrochen werden muß, daß sich Betriebsräte zu Sachwaltern des Unternehmers machen und eine „Kopf-in-den-Sand"-Haltung bei Teilen der Belegschaft massiv fördern.

12. Gewerkschaftstag der IG Chemie

„Der Hauptvorstand soll sich an die Beschlüsse halten"

So lautet der Tenor eines Antrags aus Bielefeld an den 12. Kongreß der IGCPK, der am vergangenen Sonntag mit dem Auftritt Kohls (siehe auch Seite 5) in Westberlin eröffnet worden war. Ein Antrag, der für eine ganze Reihe ähnlicher steht und ein Beweis dafür ist, daß es über die Frage der Arbeitszeit zu größeren Kontroversen innerhalb der Gewerkschaft bereits gekommen ist.

Der Bielefelder Antrag bezieht sich auf einen Beschluß des vorigen, des 11. Gewerkschaftstages, der gelautet hatte, in den 80er Jahren solle die 35-Stunden-Woche gegen die Unternehmer durchgesetzt werden. Dieser Beschluß wurde mit dem vom Hauptvorstand unterzeichneten Manteltarifvertrag, der für die größte Mehrheit aller Chemiebeschäftigten die 40-Stunden-Woche bis 1987 festschreibt, hintergangen. Die jetzige Antragsprüfungskommission hat denn auch — auf ihre Weise konsequent für Rappe und Co. — die Ablehnung dieses Antrages empfohlen. Wie auch die Ablehnung weiterer, ähnlicher kritischer Anträge empfohlen wurde, die sich fast alle mit der Frage der Wochenarbeitszeit befassen.

Daß gerade diese Frage im Mittelpunkt bisheriger Neuigkeiten steht, hat nicht nur mit der Vergangenheit, der unmittelbaren, zu tun, sondern ist auch dadurch begründet, daß die Verabschiedung eines tarifpolitischen Programms ein Tagesordnungspunkt des Kongresses ist, zu dem der Hauptvorstand einen Entwurf ausgearbeitet hat. Und der sich ebenfalls vor allem mit der Arbeitszeit befaßt. Der Schwerpunkt dabei liegt auf Arbeitszeitverkürzungen für Sonderbereiche und der Tarifrente. Über den weiteren Verlauf des Kongresses und seine Bedeutung werden wir nach Abschluß berichten.

Aus Anlaß der Demonstration zum 4. Jahrestag des Militärputsches in der Türkei



Offener Brief des ZK der KPD an die fortschrittlichen und revolutionären Organisationen aus der Türkei

Werte Genossen!
Wie in den Jahren zuvor, wird unsere Partei auch in diesem Jahr an dem Protest gegen die faschistische Militärjunta in der Türkei teilnehmen. Mit diesem offenen Brief möchten wir uns an Euch wenden und unsere Kritik an der Art und Weise des Zustandekommens der diesjährigen Protestveranstaltungen darlegen.

Vier Jahre ist es jetzt her, da haben die Militärs in der Türkei die Macht erneut an sich gerissen. Die Gründe, die die herrschenden Klassen in der Türkei und ihre imperialistischen Herren dazu bewogen haben, wieder einmal über die ganze Türkei das Kriegsrecht zu verhängen, alle demokratischen Rechte und Freiheiten mit einem Schlag zu beseitigen, sind bekannt.

Es ist eine Tatsache, daß mit der Machtübernahme der Militärs in der Türkei dem Kampf der Arbeiterklasse, der Bauern und aller fortschrittlichen Kräfte für eine unabhängige und demokratische Türkei eine empfindliche Niederlage zugefügt wurde. Den Putschisten ist zweifelsohne gelungen, eine gewisse Friedhofsruhe herzustellen, eine Atmosphäre der Angst und Unsicherheit.

Die Arbeiterklasse der Türkei und das werktätige Volk führen einen Kampf gegen den Faschismus in der Türkei. Wir westdeutschen Kommunisten sehen es als unsere internationalistische Aufgabe an, den gerechten Kampf des Volkes der Türkei mit all unseren Mitteln zu unterstützen. Aus diesem Grund haben wir unseren Kräften nach alle bisherigen Aktivitäten der fortschrittlichen Kräfte aus der Türkei in unserem Land unterstützt und werden dieses auch weiterhin machen.

Daß es dieses Jahr zwei Aufrufe und zwei Demonstrationen aus Anlaß der Machtergreifung der türkischen Militärs gibt, halten wir für einen nur schwer wiedergutzumachenden politischen Schaden. Die Spaltung der fortschrittlichen Kräfte ist angesichts der Tatsache, daß es den Revolutionären aus der Türkei in monatelangen Verhandlungen nicht gelungen ist, einen gemeinsamen Aufruf für eine Demonstration gegen das Folterregime in Ankara auszuarbeiten, vorprogammiert gewesen. Die Diskussion um unterschiedliche Positionen, das Hervorheben des Trennenden provozierte geradezu diese Spaltung.

Ohne daß wir uns in die Auseinandersetzungen der revolutionären Kräfte aus der Türkei um unterschiedliche weltanschauliche Positionen einmischen wollen, muß man die Frage stellen, wie es gelingen soll, jene breite antifaschistische Front zu schaffen, die in der Lage wäre, den Faschismus in der Türkei zu überwinden. Wie sollen die breiten Massen in der Türkei, wie soll die Arbeiterschaft Vertrauen in die revolutionären Kräfte gewinnen, wenn diese nicht in der Lage sind, eine gemeinsame Demonstration gegen den Faschismus zustandezubringen? Diese Frage zu beantworten ist allerdings Aufgabe und Verpflichtung der Revolutionäre aus der Türkei.

Diese Schwäche hat aber auch unmittelbare Folgen für die fortschrittlichen Kräfte in der BRD. Eure Vorgehensweise zwingt diese dazu, Partei zu ergreifen für diese oder jene politische Gruppierung aus der Türkei. Die Beweggründe für die meisten fortschrittlichen Deutschen, an einer solchen Protestdemonstration teilzunehmen sind die, daß sie mit Euch gegen ein faschistisches Regime protestieren wollen, ein Regime, daß gerade vom westdeutschen Imperialismus massiv unterstützt wird, und daß diesem Riesenprofite garantiert.

Die praktischen Folgen einer solchen Herangehensweise sind, daß z.B. Gewerkschaftsgruppen, die zu dieser Demonstration aufrufen wollten, daran gehindert werden. Ähnlich verhält es sich mit dem Ensemble der Ruhrfestspiele, die nun beschlossen haben, zwar an beiden Demonstrationen teilzunehmen, aber hierbei gegen Eure Art und Weise der Vorbereitung dieser Aktionen zu protestieren.

Wir fordern alle fortschrittlichen und revolutionären Organisationen aus der Türkei auf, im Anschluß an den 8. September sich erneut Gedanken über die Solidarität mit dem Volk der Türkei zu machen und zu verhindern, daß bei zukünftigen Aktionen solche Schwächen, wie in diesem Jahr zu Tage treten.

Mit kommunistischen Grüßen
Zentralkomitee der KPD

Drecksdeal: Milliarden-Überschuß beim Arbeitsamt!

Das Geld muß zurück an die Arbeitslosen

Den folgenden Artikel entnehmen wir der Nummer 4 der Zeitung des Kölner Arbeitslosenzentrums „Blümchen — das Millionenblatt". Die Kölner Initiative befaßt sich in diesem Artikel mit der Diskussion über die „Überschüsse" des Arbeitsamtes und mit ihrer Entstehungsweise.

Wie ist das möglich? Die Arbeitslosenzahlen bleiben hoch, steigen sogar — aber das Arbeitsamt macht Überschüsse! In Milliardenhöhe.

Die Arbeitslosen haben im letzten Jahr zu spüren bekommen, warum.

Jeder Arbeitslose, der noch Unterstützung vom Arbeitsamt erhält, bekam seit Jahresbeginn weniger. Die Senkung von Arbeitslosengeld in Höhe von durchschnittlich 70 DM und die Senkung der Arbeitslosenhilfe von durchschnittlich 30 DM (bei Arbeitslosen ohne Kinder) hat diesen Milliarden-Überschuß allerdings nicht verursacht. **Diese Ausgabensenkung war von vornherein eingeplant.**

Nicht eingeplant waren andere, **zusätzliche Verschlechterungen** für die Arbeitslosen:

1. Die Zahl der Arbeitslosen**geld**empfänger ist gesunken und dafür die Zahl der Arbeitslosen**hilfe**empfänger gestiegen. Warum das zu Einsparungen führt? Hilfebezieher kriegen nicht nur weniger Prozent vom letzten Netto (nämlich 58 Prozent statt 68 Prozent bzw. 56 Prozent statt 63 Prozent). Sie kriegen häufig wegen der „Bedürftigkeitsprüfung" noch weniger oder gar nichts, weil Ehepartner, Eltern oder Kinder anstelle des Arbeitsamtes zahlen sollen.



Der Grund für das Ansteigen der billigeren Arbeitslosenhilfe-Empfänger liegt darin, daß immer mehr Arbeitslose länger als ein Jahr arbeitslos sind (30 Prozent) und außerdem bei Entlassungen meist diejenigen rausfliegen, die zuletzt in den Betrieb reingekommen sind und die in der kurzen Zeit ihrer Beschäftigung noch keinen neuen Arbeitslosengeldanspruch erworben haben.

2. Das Arbeitslosengeld sackt immer weiter ab. Und zwar deshalb, weil das allgemeine Lohnniveau sinkt und weil auch die Zahl der Arbeitslosen, die vorher besonders schlecht verdient haben, nach wie vor sehr hoch ist.

3. Die Wartezeiten auf dem Arbeitsamt werden nicht kürzer und die Arbeitsbelastung der Beschäftigten steigt ständig. Dadurch hat das Arbeitsamt auf dem Rücken der Beschäftigten und auf Kosten der Arbeitslosen mehr als erwartet gespart.

Alle diese eingesparten Gelder verursachen also den Überschuß von 3 oder sogar noch mehr Milliarden DM.

Eine vielleicht naive Rechnung, die die Höhe dieses Überschusses verdeutlicht. Bei nur 2,5 Milliarden Überschuß könnte an jeden Arbeitslosen 1000 DM ausgezahlt werden.

Oder umgekehrt: der **Überschuß wurde erzielt, weil durchschnittlich jeder Arbeitslose 1000 DM weniger erhalten als geplant war...!**

Es gibt jetzt massenhaft Vorschläge, was mit dem Überschuß passieren soll. Wir wollen diese Vorschläge gar nicht im einzelnen besprechen. Denn eins ist für uns ganz klar: **Das Geld muß zurück an die Arbeitslosen!** Die Arbeitslosen wurden durch Sparbeschlüsse und zusätzliche Einsparungen immer weiter ins finanzielle Abseits und sogar schon ins nackte Elend gedrückt.

Um diese Entwicklung zu verhindern, wäre sowieso ein **Mindest-Arbeitslosengeld** nötig, von dem jeder leben kann, anstatt zu vegetieren oder zum Sozialamt schleichen zu müssen. Und die Arbeitslosenhilfe müßte endlich abgeschafft werden mit dieser demütigenden „Bedürftigkeitsprüfung", damit jeder Arbeitslose für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit Arbeitslosengeld bezieht.

Das mindeste, was sofort durchzuführen wäre, ist aber: **die Milliarden müssen zurück an die Arbeitslosen.** Gleichmäßig oder besser noch: vorrangig an die, die am wenigsten kriegen!
(...)

Ein intimes Feierchen ...

50 Jahre organisierte Ausplünderung in Nahost

Der „Nah- und Mittelost"-Verein e.V. in Hamburg feiert am 6. September seinen 50. Gründungstag. Angesagt als Gäste sind neben dem Bundespräsidenten und Außenminister Genscher noch eine ganze Riege anderer Minister, Wirtschaftsbosse und der „Staatsbesuch" aus der Türkei, Özal.

Die Prominenz der Geburtstagsfeier zeigt schon an, ein wie wichtiges Fest denn da begangen wird, obwohl der Verein ganze 600 Mitglieder besitzt, also wahrlich nicht zu den großen im Lande gehört.

Gegründet wurde dieser noble Verein bezeichnenderweise im Jahr 1 des 1000jährigen Adolf-Reiches, 1934 nämlich. „Deutscher Orientverein" hieß er damals als Nachfolger der „Deutsch-persischen Gesellschaft". Aus der Chronik: „Rund zehn Jahre später stellte der Verein seine Tätigkeit weitgehend ein..." 1950 wurde er dann wieder gegründet — ausdrücklich von denselben Mitgliedern wie 34. Die Mitglieder sind 600 Firmen, unter ihnen alle großen westdeutschen Konzerne.

Das wichtigste an der Feier ist denn auch die Erfolgsbilanz: Der Verein habe dazu beigetragen, daß 1983 in die 18 Länder, die er „bedient" für rund 35 Milliarden Mark exportiert wurde, die Importe betrugen runde 15 Milliarden. Besondere Bedeutung, so wird in verschiedenen Artikeln bürgerlicher Zeitungen über den Geburtstag unterstrichen, sei dem Verein gerade in den letzten 10 Jahren nach der Preiserhöhung für OPEC-Öl zugekommen.

Ein Verein, der ebenso berüchtigt ist wie unbekannt in der Öffentlichkeit, feiert da also sein Jubiläum kapitalistischer Interessenpolitik, egal ob Faschismus oder BRD. Wie sollte es denn da auch nicht sein, daß die Bonner Prominenz antanzt? Der Außenminister muß ja wohl — nicht wenige seiner Schritte werden aus diesem Verein heraus erarbeitet sein, steht zu vermuten.

Und die Reichen werden reicher ...

Die Zahl der Privatvermögen ist vom Statistischen Amt berechnet worden — für 1980 zwar erst, aber dennoch aufschlußreich, hatte damals die breite Verzichtspropaganda schon begonnen. Für die in dieser Statistik der Vermögenssteuer erfaßten allerdings nicht.

67300 Personen gab es demnach 1980, deren Privatvermögen 1 Million Mark betrug. Das sind gerade 10 Prozent der 562000 überhaupt zur Vermögenssteuer veranlagten Steuerpflichtigen. Besaßen diese Personen insgesamt — offiziell, versteht sich, denn gerade sie dürften ja nun keine Tölpel sein, wenn es darum geht, steuerliche Vergünstigungen zu erhalten — 388,5 Milliarden, so hatten die über 67000 Millionäre unter davon allein rund 200 Milliarden.

Je weiter es nach oben geht, desto größer ist die Konzentration des Reichtums. Die 2000 Reichsten der BRD besitzen — außer vielem anderen — zusammen über 60 Milliarden Mark Privatvermögen. Von anderem Eigentum ist da noch lange nicht die Rede...

Darunter sind alle die zu finden, die am entschiedensten von ihren Bonner Beauftragten fordern, den Kurs der „Wende" zu gehen, die schon lange meinen, den anderen, die nichts haben, gehe es viel zu gut.

Eine ganze Reihe der bekanntesten Namen des westdeutschen Großkapitals fehlt freilich in dieser Statistik mit Sicherheit. Wenn ein Thyssen seine Gelder beschaulich in der Nähe von Buenos Aires verzehrt, so zahlt er hier natürlich wenig Steuern. Von den ach so armen Tessinbewohnern einmal ganz abgesehen. Wieder andere waren „reif für die Insel". Trotzdem können solche Zahlen eine deutliche Sprache sprechen: Die Reichen werden immer reicher, wer am meisten hat, kriegt am meisten dazu. Erarbeitet hat sich sein Vermögen niemand aus diesem Kreis. Ererbt schon eher oder selber „Leistungen" vollbracht (wie Konkurrenten übers Ohr gehauen, Staatskassen angezapft, „seine" Leute noch mehr ausgepreßt).

Kann man sich bei soviel Geld wundern, wenn das Eigentum die heilige Kuh des Kapitals ist? Kann man sich andererseits wundern, wenn im Interesse der arbeitenden Bevölkerung darüber nachgedacht wird, was man mit all dem Geld, das aus der Arbeit anderer entstanden ist, Besseres anfangen kann?

Antikriegstag '84



Mehr als 1000 Duisburger beteiligten sich an einem Schweigemarsch auf dem Gelände des ehemaligen KZ-Außenlagers Ratingsee in Duisburg-Meiderich

Der Antikriegstag ist zu einem gewerkschaftlichen Kampftag geworden. Das läßt sich nach diesem 1. September eindeutig sagen und das allein ist schon ein Erfolg. Denn es war ja beileibe nicht immer so.

Auffällig auch, daß dort, wo Demonstrationen stattfanden — und auch das geschah häufiger als beispielsweise noch im letzten Jahr — die Beteiligung betrieblicher und gewerkschaftlicher Gruppen oft genug das Bild prägte.

Auf dem Engagement, das sich am Antikriegstag unter den Gewerkschaftern im Kampf für den Frieden gezeigt hat, gilt es aufzubauen und den gemeinsamen Kampf von Friedensbewegung und Gewerkschaften gegen die Kriegstreiber zu verstärken.

Im Mittelpunkt der Demonstrationen und Kundgebungen zum diesjährigen Antikriegstag stand der Protest gegen Rüstungswahnsinn, Arbeitslosigkeit und Sozialabbau. So z. B. der stellvertretende DGB-Vorsitzende Muhr in Düsseldorf: „Als der DGB ein 50-Milliarden-Programm zur Beschäftigungsförderung für die nächsten fünf Jahre forderte, fehlte es angeblich hierführ am nötigen Geld. Aber alleine für die Umrüstung der Bundeswehr in den nächsten zwölf Jahren sind nach vorsichtiger Schätzung mindestens 200 bis 300 Milliarden Mark in Aussicht genommen." Ilse Brusis betonte in Berlin, daß es am Antikriegstag auch gegen die „Profiteure der Rüstungs- und Kriegswirtschaft" gehen müsse. Praktisch überall wurde von DGB-Vertretern die Senkung der Rüstungsausgaben gefordert.

Es wäre an der Zeit, daß solche Forderungen nicht nur gestellt, sondern auch ernsthaft überlegt würde, was die Gewerkschaften zur Durchsetzung dieser Forderung tun können.



Ein Dorf zum Thema Frieden gab es in Köln, gemeinsam veranstaltet von der DGB-Jugend Köln und örtlichen Friedensinitiativen

Initiative zum Antikriegstag

Weg mit Hitlers Ehrenbürgerschaft

Die Initiative „Wattenscheider Aktionswoche gegen Faschismus und Krieg" hat den 1. September zum Anlaß genommen, um in einem Bürgerantrag die sofortige Streichung von Adolf Hitler aus der Liste der Ehrenbürger der Stadt Bochum zu fordern.

In dem Antrag heißt es: „Die am 3.4.1933 (Wattenscheid) und 12.4.1933 (Bochum) von den Nazis und Rechtsparteien (Abgeordnete der KPD waren bereits verhaftet oder auf der Flucht vor Verfolgung, die SPD stimmte dagegen) beschlossene und von Adolf Hitler mit ‚aufrichtiger Freude' angenommene Ehrenbürgerschaft wird zwar durch Hitlers Tod als nicht mehr existend betrachtet.

Doch das reicht nicht. Die Stadt Bochum sollte auch politisch und juristisch mit einem offiziellen Beschluß die Ehrenbürgerschaft beenden. Ein Schritt, zu dem sich die Stadträte in Aachen, Hagen und Paderborn schon vor einiger Zeit entschließen konnten. Mit diesem demonstrativen Beschluß könnte die Stadt außerdem einen Beitrag leisten, neonazistischen Tendenzen, wie sie gerade in Wattenscheid und Bochum zu verzeichnen sind, entgegen zu wirken. Diese Kräfte verharmlosen z. B. die Verbrechen des Hitler-Faschismus und leugnen sie ganz.

Schließlich muß der Tod nicht unbedingt eine Ehrenbürgerschaft beenden. Wir können uns vorstellen, daß es Persönlichkeiten in der Vergangenheit und Gegenwart unseres Landes gibt, deren Ehrenbürgerschaft auch über den Tod hinaus eine Auszeichnung für unsere Stadt ist.

Insgesamt sollte die Stadt Bochum mit dem demonstrativen Beschluß ihren Willen zum Frieden und antifaschistischen Bewußtsein dokumentieren."

Die Initiative hat gefordert, daß der Stadtrat schnellstmöglich beschließen soll. Man darf also gespannt sein, ob Bochums Sozialdemokraten sich endlich aufraffen, dem Skandal den Hitlers Ehrenbürgerschaft bedeutet, endlich ein Ende zu machen.

12000 beim Hamburger Antikriegstag

12000 kamen in Hamburg zum Antikriegstag. Die Demonstration war stark geprägt von betrieblichen und gewerkschaftlichen Gruppen. Auf den Transparenten wurde vor allem der Zusammenhang von Rüstungswahnsinn, Arbeitslosigkeit und Sozialabbau hervorgehoben.

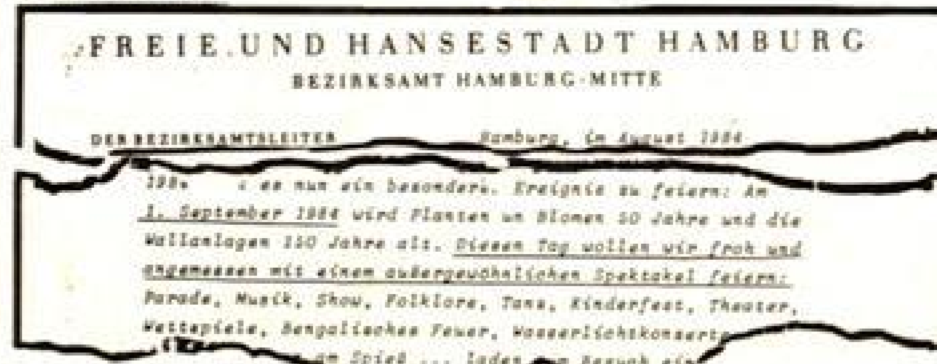
Wie Hamburger Genossen berichten, war in diesem Jahr ein großes Polizeiaufgebot aufgefahren worden. Auf den Anmarschwegen zu dem Platz, von dem die Demonstration losgehen sollte, kam es sogar zu Taschenkontrollen durch die Polizei! Und es blieb nicht bei dieser Demonstration der Stärke.

Kurz vor Beendigung der Demonstration marschierte ein internationalistischer Block statt zum Kundgebungsplatz zur Ausländerbehörde. Demonstriert werden sollte der Zusammenhang zwischen der aggressiven Politik nach außen und der aggressiven Politik nach innen, gegen die ausländischen Mitbürger nämlich. Die Demonstranten brachten ein Transparent an und verbrannten eine US-Fahne. Daraufhin stürmten Polizeitrupps auf die Demonstranten los und prügelten mit dem Schlagstock gezielt auf einzelne Demonstranten ein. Zwei wurden festgenommen, mehrere verletzt. Wie hatten doch die Demonstranten gemeint, aggressive Politik nach außen bedeutet auch aggressive Politik nach innen ...

Polizei knüppelt Demonstranten nieder

Ein offizielles Schreiben von der Stadt Hamburg, Bezirksamt Hamburg-Mitte, zum 1. September gab es in diesem Jahr — eine Einladung zum 50. Geburtstag von Planten und Blomen und zum 150. Geburtstag der Wallanlagen nämlich.

Man könnte meinen, die SPD-Stadtherren von Hamburg hätten noch nie was davon gehört, daß es so etwas wie einen Antikriegstag gibt. Man könnte es meinen, wenn, ja wenn es nicht den Polizeieinsatz beim Hamburger Antikriegstag gegeben hätte ...


FREIE UND HANSESTADT HAMBURG
BEZIRKSAMT HAMBURG-MITTE
DER BEZIRKSAMTSLEITER Hamburg, im August 1984

198. ... es nun ein besonderes Ereignis zu feiern: Am 1. September 1984 wird Planten un Blomen 50 Jahre und die Wallanlagen 150 Jahre alt. Diesen Tag wollen wir froh und angemessen mit einem außergewöhnlichen Spektakel feiern: Parade, Musik, Show, Folklore, Tanz, Kinderfest, Theater, Wettspiele, Bengalisches Feuer, Wasserlichtkonzert ... am Spieß ... laden ... Besuch ein

Verboten



Verboten ist das nebenstehende Plakat des DGB zum Antikriegstag 1984 in den bundesdeutschen Kasernen. Auf Beschluß — oder sagt man hier besser Befehl? — des Bundesverteidigungsministeriums. Plakate, die Vertrauensleute der ÖTV bereits in den Kasernen angebracht hatten, mußten auf Befehl der Kommandeure wieder abgenommen werden.

Ein Sprecher des Ministeriums begründete dieses Verbot „mit dem grundsätzlichen ‚Verbot der politischen Tätigkeit im Dienst'. Er verwies auf Paragraph 15 des Soldatengesetzes, wonach sich der Soldat im Dienst nicht zugunsten oder zuungunsten einer bestimmten politischen Richtung betätigen dürfe." (Frankfurter Rundschau vom 31. 8. 84)

Mit der „bestimmten politischen Richtung", von der hier die Rede ist, ist der DGB gemeint. So ist das also.

Die Forderung „Nie wieder Krieg" am Jahrestag des Überfalls der Wehrmacht auf Polen an Bundeswehrkasernenwänden verboten; der oberste Chef der Soldaten, Minister Wörner am 1. Sepbember, eben diesem Jahrestag des Beginns des 2. Weltkrieges, zu Gast beim Verband Deutsches Afrikacorps, wo er die Leistungen eines gewissen Rommel im 2. Weltkrieg lobt; der Kanzler am gleichen ebenfalls selbstredend nicht bei irgendeiner Gedenkveranstaltung an die Opfer des letzten deutschen imperialistischen Krieges oder wenigstens zu Hause, sondern — ausgerechnet — auf einer Revanchistenveranstaltung!

Wie wird doch immer beteuert, wenn gerade nicht Antikriegstag ist? Daß die Bundeswehr ausschließlich dem Frieden dienen und diesen verteidigen soll. Bleibt nach dem Vorhergesagten nur die Frage offen: wo soll denn der Friede beim nächsten Mal verteidigt werden? Wieder in Polen und in Afrika? Oder lieber in der Sowjetunion oder im Nahen Osten?

Die KPD war dabei ...

Für unsere Partei ist der Antikriegstag langjährige Tradition. Und so gab es auch in diesem Jahr nichts zu überlegen für die Genossen der KPD vor Ort. Sie waren dabei bei den Demonstrationen, Kundgebungen und anderen Aktivitäten, die an diesem Tag stattfanden. Zum Antikriegstag war ein zentrales Flugblatt erschienen (s. Faksimile), das nicht nur bei den Demonstrationen und Kundgebungen, sondern vielerorts auch vor den Betrieben und an Ständen in den Städten verteilt wurde.


Schluß mit dem Rüstungswahnsinn! Gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau!

Jetzt soll es doch keine Null-Runde geben, wie von Bundeskanzler Kohl ursprünglich angekündigt — für den Rüstungshaushalt. Bei der Null-Runde für die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst soll es selbstverständlich bleiben. Denn die Regierung hat ja bekanntlich kein Geld. Sie muß sparen — bei den Löhnen und Gehältern, beim Arbeitslosengeld, beim BAFöG, beim Wohngeld, im Gesundheitswesen, im Bildungs- und Erziehungswesen usw. usf. Das Geld — unsere Steuergelder — wird für Wichtigeres gebraucht: für die Rüstung!

Aufschwung für die Rüstungsindustrie

Als Kohl die Null-Runde für den Rüstungshaushalt ankündigte, meinte er, daß der Haushalt **real** nicht weiter ansteigen sollte. **Tatsächlich** geplant war eine Erhöhung um 3,7 Prozent auf 49,2 Mrd DM. Jetzt soll die Steigerung aber mindestens 3 Prozent mehr betragen! Und das, obwohl schon 1984 insgesamt — die Ausgaben aus dem „Verteidigungs"-Haushalt und weitere Militärausgaben aus anderen Haushalten zusammengerechnet — ca. 70 Mrd DM für das Militär ausgegeben wurden.

Der dickste Brocken dieser Militärausgaben wird auch 1985 direkt in die Kassen der Rüstungsindustriellen fließen — für die Entwicklung und den Bau neuer Waffen. Z. B. für den Tornado und seine Bewaffnung, für den Kampfpanzer Leopard II, für den Jäger 90, für den neuen Kampfhubschrauber, für neue Fregatten usw. usf. Mehr Geld wird auch für die NATO-Truppen in der Bundesrepublik zur Verfügung stehen — 540 Mio DM kosten alleine die Baumaßnahmen für die Stationierung der amerikanischen Pershings und Cruise missiles. Nur ein einziger Posten im Militärhaushalt 1985 wird nicht erhöht werden: der Sold für die Wehrpflichtigen wird, wie schon 1984 auch 1985 nicht erhöht.

Rüstung sichert keine Arbeitsplätze

Die Regierung — und natürlich die Unternehmer, die mit den Rüstungsaufträgen aus Bonn Riesenprofite

Nie wieder Krieg!

Impressum

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: (0231) 433691 und 433692. Verantwortlichen Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen.



Aus „Vor Ort", Zechenzeitung der KPD/Recklinghausen

Zechensterben wegen zu vieler Atomkraftwerke

Die jüngste Ausgabe der Betriebszeitung „Vor Ort" befaßt sich mit den Ergebnissen des Prognos-Gutachtens über die Entwicklung der „Energiewirtschaft" in der BRD in den kommenden Jahren. Aus diesem Gutachten geht hervor, daß sich die These, die auch unsere Partei vertritt, daß die AKWs eine Bedrohung für die Zechen sind, bewahrheitet. Wir geben den Artikel der Betriebszeitung im folgenden wieder.

Die Energiedebatte im Bundestag bescherte Schlagzeilen wie:

- Kohlejahrhundertvertrag sicher!
- Vorrang für die Steinkohle bei der Verstromung!

Die Stillegung von „Gneisenau" und „Zollverein" sollte die letzte Maßnahme zur Anpassung der Kapazitäten sein.

Aber die einfachsten Rechnungen des wissenschaftlichen Forschungsinstituts „Prognos" in Basel, das im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums arbeitet, beweisen, mit welchen Lügen die Kumpel mal wieder abgespeist werden sollten!

Arm in Arm mit der IGBE-Führung (allen voran Adolf Schmidt und Horst Niggemeier) posaunten die Kapitalisten von RWE, VEBA, VEW etc. jahrelang die Phrase „Atom- und Kohlekraft werden gemeinsam gebraucht" aus. Hinter diesen Nebelwänden von Versprechungen und Fehlkalkulationen werden eifrig Tatsachen geschaffen: bis 1985 kommen die AKWs Krümmel, Gundremmingen B und C, Grohnde, Philippsburg 2 und der Hochtemperaturreaktor Hamm als neue Werke hinzu. Bis 1990 kommen noch mal der schnelle Brüter Kalkar und die AKWs Mühlheim-Kärlich, Brokdorf, Ohu, Emsland und Neckarwestheim 2 hinzu. Das sind zusammen 24000 Megawatt Leistung. Gleichzeitig haben diese Kapitalgruppen angekündigt, daß sie bis 1988 rund 12000 Megawatt aus Kohlekraftwerken stillegen wollen. Das sind alte Kraftwerke, für die sich angeblich die Entschwefelung nicht mehr lohnt.

Aber es werden kaum noch neue Kohlekraftwerke geplant und gebaut. Hinzu kommt, daß der Elektrizitätsverbrauch nicht so stark steigen wird, wie uns immer weisgemacht wird. Die Prognos-Wissenschaftler führen mehrere Gründe an, warum die Planzahlen der Energiekonzerne überhöht sind.

So wird die Produktion von Grundstoffen wie Stahl, Chemie, Aluminium usw., die sehr viel elektrische Energie verbrauchen, bei uns nicht wesentlich wachsen. Im Gegenteil: Durch die Mikroelektronik wird die Produktion immer mehr zu weniger Stromverbrauch verändert. Die Wirtschaftsentwicklung wird nicht wieder so stark steigen wie früher.

Alles das heißt: Der Stromverbrauch wird nicht so stark ansteigen, daß die Atomkraftwerke alle ausgelastet werden können. Weil diese aber so teuer sind, müssen sie auch laufend Strom produzieren; sonst verdienen die Kapitalisten ja nichts. Also werden die Kohlekraftwerke allmählich verdrängt, und der so hoch gelobte Jahrhundertvertrag über die Verstromung heimischer Steinkohle wird Makulatur.

Denn eine entsprechende Regelung ist in den Paragraphen des Vertrages bereits enthalten. Die Elektrizitäsmonopole können sich unter bestimmten Voraussetzungen aus dem Verstromungsvertrag zurückziehen!

So kann die Absatzmenge der Bergwerke gekürzt werden, wenn „aus Umweltschutzgründen" Kraftwerke vorzeitig stillgelegt oder nicht neugebaut werden können (§ 4 Abs. 2). Ein beliebtes Argument! In dieses Horn stößt auch immer die IGBE-Führung. Tatsache ist aber, daß das angeblich für Entschwefelung fehlende Geld von den Konzernen in die Atomkraftwerke verbaut worden ist! Und jetzt soll wieder der Steuerzahler antreten, der schon seit Jahren den Kohlepfennig zahlt!

Auch die Absatzmenge des Bergbaus an die Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EVUs) kann gekürzt werden, wenn in einem Stromabsatzgebiet Strom von einem EVU geliefert wird, das nicht den Vertrag unterschrieben hat (§ 4 Abs. 1 Nr. d). Das ist die Masche des Ministerpräsidenten Späth. Er will Atomstrom in Frankreich kaufen, um dann nachzuweisen, daß die Badenwerke nicht mehr soviel Strom verkaufen können. Deswegen müßten sie dann „leider" die Kohlemengen kürzen.

Und das sind nur die schon ausgehandelten Möglichkeiten. Läuft die Entwicklung aber ungünstig für die EVUs und die damit verflochtenen Konzerne und Banken, dann wird eben der ganze Jahrhundertvertrag aufgekündigt — wegen Änderung der Geschäftsgrundlage — schließlich „konnte man" das ja nicht „vorhersehen" — oder doch?

Wir haben seit Jahren gewarnt, daß die Formel „Kohle- und Kernenergie" nicht aufgeht. Atomenergie brachte Zechensterben, ebenso wie Öl in den 60er Jahren. Aber heute ist die Lage für die Kumpel noch schlimmer. Denn in den 60er Jahren kamen alle, die dem Pütt den Rücken kehrten, woanders unter. Aber heute liegt die Arbeitslosigkeit bei 2 Mio. mit ansteigenden Aussichten. Und Ende 1987 läuft die Anpassungsregelung für ältere Kumpel und der RAG-Vertrag aus. Was danach kommt, weiß keiner. Wieder nur Versprechungen und Nebelwände?

Bestimmt, wenn die Kumpel die Sache nicht allmählich in die eigene Hand nehmen.

- **Stopp dem Atomprogramm!**
- **Sofortiger Bau von umweltfreundlichen Kohlekraftwerken!**
- **Schaffung von Arbeitsplätzen durch Entschwefelung der bestehenden Kohlekraftwerke!**
- **Stillegung aller AKWs!**

Schnellschuß mit Schalldämpfer:

Lohnerhöhung durch Einführung einer Frühstückspause erkauft!

HDW/Kiel (Korrespondenz)

Der sowieso schon magere arbeitsplatzsichernde Effekt der 38,5-Stunden-Woche ist bei HDW/Kiel dahin. Wie in den beiden letzten Ausgaben des Roten Morgen berichtet, wurde in diesem Betrieb noch über die Übernahme der tariflich vereinbarten Lohnerhöhung auf die 100 Prozent des Programmlohns verhandelt.

In der 4. Verhandlungsrunde hatte sich der Vorstand der HDW jetzt bereiterklärt, die Lohnerhöhung in voller Höhe zu übernehmen, wenn der Betriebsrat vorher der Einführung einer unbezahlten 1/4stündigen Frühstückspause ab 1. April 86 zustimmt. Der Betriebsrat stimmte — bei 7 Gegenstimmen — dieser neuen Pausenregelung zu.

Frühstückspause — eine Verschlechterung?

werden die meisten Leser sich jetzt fragen. Dazu muß man wissen: Auf der Werft geht die Arbeitszeit von 7.00 bis 15.30 Uhr, dazwischen liegt eine 1/2stündige Mittagspause (11.30 bis 12.00 Uhr). In der Arbeitszeit gibt es eine 10-Minuten-Frühstückspause von 9.00 bis 9.10 Uhr. Diese 10 Minuten müssen die Kollegen durch schnelleres Arbeiten in der übrigen Zeit „erarbeiten". Aus der Sichtweise des Vorstandes wird in diesen 10 Minuten während der Arbeitszeit nicht gearbeitet, weshalb schon seit Jahren die Frühstückspause ein Dauerthema ist. In Erwartung einer neu zu vereinbarenden Betriebsvereinbarung wegen der Arbeitszeitverkürzung hat der HDW-Vorstand schon im Mai die bisher geltende Betriebsvereinbarung über die Arbeitszeit zum 30. November gekündigt. So konnten sie die Frage der Pausenregelung bei der diesjährigen Verhandlung über die Erhöhung des Programmlohns mit einbringen.

Programmlohn?

Bei HDW/Kiel gibt es eine „Vereinbarung über Programmlohn" (PL). PL ist wie der Akkordlohn ein sogenannter leistungsabhängiger Lohn. Beim PL muß ein bestimmtes Arbeitsprogramm innerhalb einer bestimmten Zeit erfüllt werden. Wird das Programm in der vorgeschriebenen Zeit abgearbeitet, hat man das Programm zu 100 Prozent erfüllt und erhält den vollen Programmlohn. Wird das Programm zu weniger als 100 Prozent erfüllt, gibt es Abzüge vom PL für alle in dem jeweiligen Programmbereich arbeitenden Kollegen. Jedoch sind 80 Prozent als Sockellohn abgesichert. Die lohnmäßige Spaltung besteht „nur" in den Lohngruppen (11—23).

Die in der Metallindustrie ausgehandelte Lohnerhöhung wird für die Programmlöhner auf HDW extra verhandelt. Im letzten Jahr hatte sich der Vorstand zum ersten Mal geweigert, die Lohnerhöhung umstandslos auf die 100 Prozent PL zu übernehmen. Erst durch Warnstreiks in einigen Bereichen wurde die Lohnerhöhung durchgesetzt.

Und in diesem Jahr wollte der Vorstand die Lohnerhöhung nicht einmal auf 80 Prozent PL zahlen, sondern drohte mit einer Nullrunde, falls der Betriebsrat nicht

- einer neuen Pausenregelung (1/4 Std. Frühstück, 3/4 Std. Mittagspause)
- Kürzung der Vorgabezeiten um 3,1 Prozent
- Modifizierung des PL, d.h. Umwandlung in einen Prämienlohn (3 Prozent Plus oder Minus Nasenprämien, Vorarbeiter aus dem Programmlohn herausnehmen)

zustimmen würde.

Einige betriebsbornierte IGM-Betriebsräte, von denen auch die drei betrieblichen Vertreter in der Verhandlungskommission gestellt werden, hielten dieses Erpressungspaket für verhandlungsfähig. Trotz ihres großen Einflusses konnten sie das der Belegschaft nicht verkaufen, wozu die Parteizelle und RGO auch wesentlich beigetragen haben.



Die Vertrauensleute lehnten das Erpressungspaket ab und auch eine Mehrheit im Betriebsrat war dagegen. Die Verhandlungskommission wurde aufgefordert, nur noch über die Lohnerhöhung auf 100 Prozent PL zu verhandeln. Daran haben diese sich aber nicht gehalten.

IGM-Betriebsräte verkaufen die 38,5-Stunden-Woche!

Von der KPD, RGO und DKP war als nächster Mobilisierungsschritt eine sofortige Betriebsversammlung gefordert worden. Der Betriebsrat sah sich gezwungen, zum 29.8. eine Betriebsversammlung einzuberufen. Ahlers & Co. befürchteten zu Recht eine Mobilisierungsversammlung. Deshalb wurde am Tag vorher kurzfristig eine vierte Verhandlungsrunde anberaumt, auf der der Verhandlungskommission folgender „kleine" Kompromiß angeboten wurde: Die Lohnerhöhung wird voll gezahlt, der Vorstand verzichtet auf die Modifizierung und Vorgabezeitkürzung, wenn der Betriebsrat einer 1/4stündigen Frühstückspause ab 1. April 86 zustimmt.

Sehr geschickt! Wäre diese Pausenregelung ab 1. Dez. 85 eingeführt worden, dieser Ausverkauf der Arbeitszeitverkürzung wäre auf größeren Widerstand gestoßen, da die Arbeitszeit dann bis 15.45 Uhr gegangen wäre. So wird hier jedoch ein Schnellschuß mit Schalldämpfer getätigt, wobei die Ortsverwaltung und Bezirksleitung der IGM durch ihre Vertreter in der Verhandlungskommission den Finger mit am Abzug hatten. Den klassenkämpferischen Kräften war damit der Wind aus den Segeln genommen worden, zumal sogar ansonsten aktive und kämpferische Gewerkschafter auf diese „Kompromißlinie" eingeschwenkt waren. Sie hatten sich leider den Auffassungen der Sozialpartnerschaftsstrategen „Irgendwo muß ein Kompromiß gemacht werden und vor der Einigungsstelle fallen wir auf den Bauch"

Der Vorstand ist auch dem Druck der Anteilseigner (Bund und Land) ausgesetzt und wir wollen den Handelsschiffbau nicht gefährden — Die Kollegen wollen das Geld sehen — Wir schaffen es nicht, die Kollegen zu mobilisieren — Das ist kein Schnellschuß, die IGM hat auch grünes Licht gegeben" — angeschlossen. Im Betriebsrat stimmten außer den RGO-Betriebsräten nur ein Teil der Angestelltenvertreter dagegen, da sie ihre Gehaltserhöhung schon in der Tasche hatten und Angestellte die Pausenregelung ohne Gegenleistung aufgedrückt bekommen.

IGM hat sich herausgehalten!

Klar ist: Selbst eine kämpferische Betriebsratsmehrheit muß sich anstrengen, die gesamte Belegschaft zu mobilisieren und es ist noch schwieriger, allein auf einen Betrieb und eine Belegschaft gestellt etwas durchzukämpfen. Sie muß es aber zumindest versuchen. Die sozialpartnerschaftliche BR-Mehrheit — die meist auch im Vertrauenskörper den Ton angibt — hat, wie immer, keine ernsthaften Versuche zur Mobilisierung unternommen, außer einer Pausenversammlung, die eher demobilisierend wirkte.

Zu kritisieren ist aber auch das Heraushalten der IGM-OV und Bezirksleitung. Sie haben nur in der Verhandlungskommission „mitgewirkt" und der OV-Vorsitzende hat sich auf der Vertrauensleuteversammlung zum Teil nur der Stimmung gegen das große Erpressungspaket angeschlossen. Ansonsten ist kein einziges Flugblatt der IGM erschienen und auf der Betriebsversammlung hat sich auch kein überbetrieblicher Funktionär sehen lassen.

Die Kollegen erwarten eine anständige Information und Organisierung von der IGM. „Spontan" läuft nichts. Da werden lieber „kleine Kröten"(?) geschluckt.

Nicht die schlechteste Arbeitszeitregelung — aber!

Falls die Arbeitszeit bei HDW so vereinbart wird wie es jetzt von allen Kollegen erwartet wird — täglich 7 3/4 Stunden und freitags 7 1/2 Stunden — so ist dies im Vergleich zu anderen Flexibilisierungs- und Individualisierungslösungen nicht die schlechteste Lösung. Von der in „Das Bollwerk", die Betriebszeitung der KPD für HDW, propagierten Lösung — freitags 1 Stunde und Donnerstags 1/2 Stunde früher Schichtschluß — ist diese weit entfernt.

Das wäre aber ein deutlicherer Schritt hin zum 7-Stunden-Tag und würde auch der Leistungsintensivierung entgegenwirken. Durch den Verkauf der 10-Minuten-Pause ist den HDW-Kapitalisten von Seiten der Sozialpartnerschaftsstrategen die Leistungsintensivierung erleichtert worden. Die Programmzeitkürzungen werden wohl bald folgen.

Als Manager läßt es sich aushalten ...

So kann man die unten stehende Tabelle wohl kommentieren — egal ob Krisenbranchen wie Stahl oder zur Zeit noch gut laufende Betriebe wie die Automobilindustrie — den Manager rührt's nicht.

Verglichen mit den seit Jahren durchgesetzen Reallohnverlusten der Arbeiter und Angestellten — von eben den gut bezahlten Managern als Teil des Überlebenskonzepts ihrer jeweiligen Konzerne gefordert — sind die Gehaltssprünge zwischen z.T. 30 und 60 Prozent innerhalb von drei Jahren geradezu hervorragend geeignet zu verdeutlichen, wer im Zeichen der Wende den „Gürtel enger schnallen" soll und wer nicht.

So viel verdienen deutsche Industriemanager.

Gesellschaft	Dividende[1] je Aktie in Mark		Zahl[2] der Vorstandsmitglieder	Durchschnittsbezüge[3] des Vorstands		
	1983	1982		je Vorstandsmitglied in Mark 1983	Veränderungen in Prozent gegenüber 1982	1981
BMW	12,00	10,00	7	1292400	+34,2	+67,9
Daimler-Benz	10,50	11,50	7	880986	− 4,7	− 3,5
VW	—	—	10	848822	+ 3,5	− 5,5
Hoesch	—	—	4	827730	—[5]	—[5]
Bayer	7,00	4,00	14	800380	+22,9	+10,3
Thyssen	—	2,00	8	742997	− 3,1	− 4,4
BASF	7,00	5,00	12	699815	+ 7,6	+11,3
Hoechst	7,00	5,50	13	663983	+ 9,1	+ 7,6
Mannesmann	4,00	6,00	5	640456	−23,1	−10,5
Siemens	8,00	8,00	22	637877	+ 9,7	+ 6,9
Pegulan	7,00	4,00	4	598129	+38,4	− 0,9
Varta	6,00	4,00	3	591343	+ 9,8	+ 7,9
Degussa	9,00	8,00	9	578658	+ 8,0	+17,4
Audi	—	—	6	560379	+ 9,4	+10,2
Gerresheimer Glas	—	—	3	516896	+30,3	+40,1
Enka	6,67	2,67	6	511479	+ 8,4	+ 3,9
Braun	6,00	—	5	507058	− 5,7	+16,1
GHH	5,00	7,00	3	500945	− 9,2	− 6,7
Krupp Stahl	—	—	7	472277	− 5,1	−10,0
Veith-Pirelli	7,50	6,00	3	498611	+37,9	+41,0
Kali-Chemie	10,00	7,50	5	467503	+26,3	+11,4
Balcke-Dürr	—	—	4	433898	+17,5	+19,7
Metallgesellschaft	—	—	10	424980	+ 5,4	− 3,3
Kali + Salz	4,00	3,00	5	413727	− 4,0	+ 1,8
KSB	4,00	—	5	402190	−14,8	+29,2
Girmes	—	—	3	397788	+21,8	+20,8
Rütgers	7,50	7,00	4	372273	+ 2,9	− 6,2
Buderus	—[4]	12,00	5	325113	−31,0	−30,8
Deutsche Texaco	6,90	7,70	7	312397	+22,8	+ 5,3
VDM	—[4]	—[4]	4	302669	+17,5	+ 4,0
Hannover Papier	4,00	—	3	294333	+13,8	+18,5
Schubert & Salzer	—	—	3	276435	+ 3,5	+41,3
Cassella	10,00	7,00	2	267006	+ 6,1	+16,1

[1]Ohne Steuergutschrift, gegebenenfalls inklusive Bonus. [2]Am Ende des Geschäftsjahres. [3]Der im Geschäftsbericht genannte Aufwand für den Vorstand dividiert durch dessen Kopfzahl. Soweit Mitglieder nicht das ganze Jahr dem Vorstand angehörten, wurden sie nur zeitanteilig angerechnet. Bezüge von verbundenen Unternehmen wurden berücksichtigt. [4]Ergebnisabführung. [5]Nicht vergleichbar.

Neu: RM-Sonderdruck! Zur 35-Stunden-Woche

Neu erschienen ist der RM-Sonderdruck, in dem die Artikel des Roten Morgen, die zur Auswertung des Kampfes um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich veröffentlicht wurden. Für jeden nützlich, der die Bewertung der KPD schnell zur Hand haben will, nützlich auch für den, der überhaupt Auffassungen der KPD zum gewerkschaftlichen Kampf kennenlernen will.

Zu bestellen beim Verlag Roter Morgen, Postfach 300526 in 4600 Dortmund 30, Umfang 10 Seiten DIN A 4, Preis 0,50 DM.

Nach den Tarifabschlüssen ...

Versuchen die Unternehmer, besonders der Automobilindustrie, die Streik- und Aussperrungsfolgen in wirtschaftlicher Hinsicht wieder aufzuholen. Dabei sollen insbesondere durch Über- und Sonderschichten die Metaller bei den großen Konzernen dran glauben.

Neben VW — wo bis Jahresende an vielen Samstagen Sonderschichten verfahren werden sollen — tut sich BMW hervor. Statt der 4wöchigen Werksferien wurden im August rund 80 Prozent der Normalleistung in zwei Schichten produziert. Hier, wie auch bei Audi in Ingolstadt, wo etwa 50 Prozent der Normalleistung in den Werksferien erreicht werden, wollen die Unternehmer etwa 50—60 Prozent des Ausfalls aufholen.

Nach den vorliegenden Informationen laufen in allen drei Konzernen die Zusatzschichten mit Zustimmung der Betriebsräte. Bei BMW wird damit eine „Tradition" fortgesetzt, mit der sich der Gesamtbetriebsratsvorsitzende schon während des Arbeitskampfs hervorgetan hatte. In einem Brief vom 8.6.1984 hatte Kurt Golda, so sein Name, an die „lieben Kolleginnen und Kollegen" u.a. geschrieben:

„Unsere Bemühungen zur Vermeidung bzw. Verkürzung des Arbeitskampfes haben trotz aller Anstrengungen leider nicht zu dem gewünschten Erfolg geführt. Bereits in der letzten Betriebsversammlung habe ich einen Kompromißvorschlag **aus der Sicht von BMW gemacht.**

1. Der Lohn- und Gehaltsabschluß muß mindestens bei 3,6 Prozent liegen. 4 Prozent wären mir natürlich lieben.

2. Eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit begrenzt bis 1990...

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gehen Sie bitte davon aus, daß wir bis zur Stunde und auch weiterhin alles unternehmen werden, um **einen Kompromiß der Vernunft für beide Seiten zu erreichen, um damit zur Verkürzung des Arbeitskampfes mit seinen schwerwiegenden Folgen, nicht nur für BMW, sondern auch für die gesamte Volkswirtschaft, beizutragen."**

Diese extreme sozialpartnerschaftliche Einstellung hat schon während des Arbeitskampfes dazu geführt, daß z.T. IGM-Flugblätter bei BMW in München überhaupt nicht verteilt wurden.

Die Position der klassenkämpferischen Kräfte gegen eine solche Politik ist klar und eindeutig — nicht Überstunden und Mehrarbeit — Neueinstellungen sind notwendig.

Kurz informiert

Wendekanzler bei der „Fünferbande"

Den Anfang bei seinen geplanten Auftritten bei den als Fünferbande verrufenen DGB-Gewerkschaften (IG Chemie, IGBE, NGG, usw.) machte der Wendekanzler am letzten Wochenende bei der IG Chemie. Im Herbst soll sein Besuch bei der IG Bergbau und Energie erfolgen — deren Führung zur Front der Kernkraftfans zählt.

MAD versucht erneut die Gewerkschaftsjugend auszuspionieren

Der Gefreite Martin Kerl, der vor einer Kaserne Flugblätter des Arbeitskreises Wehrpflichtiger des DGB in Hannover verteilt hatte, wurde im Juni 84 vom MAD in der Kaserne in Munster, wo er damals stationiert war, verhört. Die Forderungen des Flugblatts — mehr Wehrsold, mehr Dienstausgleich und Nulltarif für Wehrpflichtige — hatten den MAD so aufgeschreckt, daß der gleich wissen wollte, wer denn im Arbeitskreis mitmachen würde, in welchen Kasernen man vertreten sei usw.

Auf seine Beschwerde beim Kompaniechef, Hauptmann Karthäuser, bekam er schriftlich, warum der Arbeitskreis so gefährlich sei: „Wer vor Kasernen Flugblätter des DGB verteilt, der zersticht auch Autoreifen und zündet Fahrzeuge der Bundeswehr an." Diese „Arbeit" des MAD reiht sich nahtlos ein in die Manöver des Bundesgrenzschutzes im Anfang des Jahres, als geübt wurde, wie Streiks und ihre unkontrollierbaren Folgen niederzuschlagen sind.

Gegen Zimmermanns Streikerlaß ...

haben die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes protestiert. In der Anweisung, die den Einsatz von Beamten zum Unterlaufen von Streiks der Arbeiter und Angestellten vorsieht, sieht die ÖTV und die anderen Gewerkschaften zu Recht einen weiteren Versuch, das Koalitions- und Streikrecht einzuschränken.

Sozialpläne — zweiter Streich

Nach Blüms Gesetzentwurf, der die Sozialansprüche schon weitgehend aushöhlte — s. RM 35/84 — hat als zweiter Minister der FDP-Justizminister Engelhard zugeschlagen. Unter der Flagge der Berichtigung eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts, das die Sozialansprüche an die erste Stelle der Konkursforderungen rückt. Die Sache hat allerdings einen Haken — erstens ist die je Arbeiter oder Angestellten zu erreichende Summe auf 2,5 Monatslöhnen begrenzt. Zum zweiten liegt die Gesamtgrenze des Sozialplanumfangs bei einem Drittel der zur Verfügung stehenden Konkursmasse — und die ist oft nahe null.

Hetze gegen türkische Betriebsratskollegen ...

wurde dieser Tage aus Bielefeld bekannt. Der Kollege Oelmez, Mitglied der Vertreterversammlung der IGM in Bielefeld, hatte sich in einem Leserbrief an die „Neue Westfälische Zeitung" in Bielefeld über das Auftreten von Neonazis auf einer Veranstaltung zum Thema Ausländerfeindlichkeit geäußert. Seit diesem Schreiben wird er aus allen Teilen der Bundesrepublik von Nazis mit Drohungen schikaniert — bis hin zu telefonischen Morddrohungen. Auf dieser Veranstaltung hatte übrigens — Nazi Kühnen geredet — er verließ — obwohl offiziell gesucht — die abgebrochene Veranstaltung unter Polizeischutz — völlig unbehelligt.

Personalratswahlen bei den Städtischen Krankenanstalten Köln

Zwar fand die Wahl schon im Juni des Jahres statt — sie ist aber wegen des Ergebnisses trotzdem berichtenswert.

Während die ÖTV im Jahre 1981 noch 85 Prozent der abgegebenen Stimmen aus den Bereichen Arbeiter, Angestellte und Beamte bekam, gab es bei der Wahl 1984 so etwas wie einen Erdrutsch.

Die ÖTV erhielt nur noch 52 Prozent der Stimmen, die reaktionäre Verbindung von DAG und Beamtenbund (Komba) 48 Prozent. Da es in allen drei Bereichen Listenwahl gab, ist das Ergebnis bei der Sitzverteilung noch eindeutiger.

Die Komba hat jetzt 10 Sitze, die ÖTV 7 Sitze. Diese Sitzverteilung ergab sich dadurch, daß die Komba beide Beamtensitze sowie zwei Arbeiter- und 6 Angestelltensitze erhielt — bei 332 ÖTV-Stimmen im Angestelltenbereich — gegenüber 340 der Komba; bei 202 ÖTV-Arbeiterstimmen — gegenüber 135 Komba und 9 ÖTV-Beamtenstimmen — 32 in diesem Bereich für die Komba.

Bemerkenswert ist die geringe Wahlbeteiligung von unter 30 Prozent bei den über 2300 Angestellten. Was ist — nach einer erste Analyse — der Hintergrund?

Ein Teil des rechten ÖTV-Flügels (z.T. CDU-Leute) wechselte wegen schlechter Plazierung zur Komba, darunter der Personalratsvorsitzende Reisert und der freigestellte Arbeitervertreter.

Diese nutzten ihre Freistellung geschickt zur Stimmenwerbung und zur Hetze gegen die ÖTV, die als undemokratisch, links unterwandert u.ä. beschimpft wurde.

Die Mobilisierung der ÖTV, besonders der Vertrauensleute, ließ andererseits auch sehr zu wünschen übrig. Die Wahl wurde nur z.T. aktiv unterstützt. Insbesondere sank die Zahl der Briefwähler, die 1981 noch über 400 betragen hatte, auf gerade 120. Unter diesen wurden 1981 viele ÖTV-Stimmen vermutet.

Das allgemeine Desinteresse an der Wahl besonders bei Pflegepersonal und Auszubildenden wird erklärbar durch eine ÖTV-Mehrheit im Personalrat, die jahrelang im Elfenbeinturm saß und sich wenig als kämpferische Interessenvertretung hervorgetan hat.

Bestimmt ist ein Teil der ÖTV-Wählerschaft nicht mobilisiert worden — obwohl schon 1981 die Beteiligung nur bei 35 Prozent im Angestelltenbereich gelegen hatte. Auch kann man nicht sagen, so wird es von fortschrittlichen Vertrauensleuten an den Kliniken jedenfalls gesehen, daß eine höhere Wahlbeteiligung automatisch der ÖTV genutzt hätte.

Die miese Stimmung, die verständlicherweise bei der ÖTV nach dieser eindeutigen Schlappe herrschte, soll in gute und kämpferische Oppositionsarbeit umgesetzt werden — jedenfalls nach dem erklärten Willen der fortschrittlichen ÖTVler an der Klinik — wir wünschen guten Erfolg.

Marsch gegen Ausländerfeindlichkeit

Was passiert vor Ort?

Am 29.9. in München bzw. am 1.10. in Berlin wird er starten, der Marsch gegen Rassismus und ausländerfeindliche Politik. Klar, daß die Vorbereitungen auf Hochtouren laufen — nicht nur bei den Organisatoren des Marsches, sondern auch in den Orten, wo Marschpausen geplant sind.

Wir haben uns in zwei Städten erkundigt, was alles so laufen soll — in Dortmund und in Köln, wo der Marsch, wenn alles nach Wunsch läuft, mit einer Großveranstaltung in der Kölner Sporthalle seinen krönenden Abschluß finden wird. (Berichte über Aktivitäten in andern Städten sollen in den nächsten Nummern des Roten Morgen folgen).



Dortmund

In Dortmund wird der Marsch am 6. Oktober von Münster/Lünen her ankommen. Um die Aktivitäten für diesen Tag zu organisieren, haben bisher verschiedene Treffen stattgefunden, beteiligt daran waren bis jetzt verschiedene ausländische Vereine, darunter die DIDEF, Kollegen aus verschiedenen Gewerkschaften, z. B. aus dem Arbeitskreis der IGM für Ausländerfragen, verschiedene Deutsch-Ausländische Freundschaftsgesellschaften, die Volksfront, die Grünen, die SDAJ, Vertreter einzelner Kirchengemeinden. Es wird natürlich versucht, den Kreis derjenigen, die den Marsch aktiv unterstützen, noch auszuweiten.

Am 6.10. selbst wird es für die Marschierer einen Empfang am Nordmarkt geben, dem Teil Dortmunds, in dem besonders viele Ausländer wohnen. Von dort aus soll ein Demonstrationszug zu einer Kundgebung in die Innenstadt gehen. Ansprachen, Kulturprogramme, Essensstände usw. sind geplant. Am Abend sollen sich die Marschierer dann bei einem gemütlichen Beisammensein etwas erholen.

An Themen und Problemen, die man von Dortmund aus für die Anklageschrift gegen die ausländerfeindliche Bonner Politik beisteuern kann, fehlt es wahrhaftig nicht. Da gab und gibt es empörende Fälle bei der Behandlung von Asylanten, da treibt immer noch die Borussenfront ihr Unwesen, und da wird vor allem auch von Hoesch zu reden sein — von dem Rückkehrförderungsbetrug im Werk und von der ausländerfeindlichen Politik der Hoesch-Wohnungsbaugesellschaft. Welche Dortmunder mit Rang und Namen die Sache unterstützen werden, steht noch nicht endgültig fest...

Köln

Köln ist die Endstation für den Marsch. Die Marschierer werden in Köln-Ehrenfeld, einem Stadtteil mit sehr hohem Ausländeranteil, ankommen. Von dort aus geht es weiter zur Domplatte, wo eine kurze Abschlußkundgebung geplant ist. Anschließend findet dann in der neuen Mensa ein Tribunal statt, wo das vorgebracht wird, was die Marschierer unterwegs an ganz konkreter ausländerfeindlicher Politik mit auf den Weg bekommen haben. Schwerpunkte der Anklageschrift: Abschiebung, ausländische Frauen, Asylrecht und -praxis, rechtliche Lage der Ausländer, Wahlrecht, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit, Arbeits- und Lebensbedingungen der Ausländer. Parallel ist ein Spiel- und Sportfest geplant und Auftritte von Kulturgruppen auf verschiedenen kleinen Bühnen. Den schon erwähnten „krönenden" Abschluß bildet dann eine große Kulturveranstaltung in der Sporthalle. Auf jeden Fall dabei: BAP, Melike Demirag und Bettina Wegner. Es lohnt sich auf jeden Fall für alle Leser des Roten Morgen, dabeizusein.

Zur Vorbereitung auf den Marsch finden vom Kölner Aktionsbündnis gegen Ausländerfeindlichkeit auf jeden Fall zwei (vielleicht auch noch eine dritte) Veranstaltung statt. Themen: Zum einen die Kommunalwahlen und die im Dezember bevorstehende Wahl des Ausländerbeirats, zum anderen der Entwurf der Grünen zur gesetzlichen Regelung des Niederlassungsrechts. Auch von der Volksfront wird es zum Thema Kommunalwahlen eine Veranstaltung geben. Dabei soll es vor allem um die Forderung nach dem kommunalen Wahlrecht für Ausländer gehen. Außerdem sind bis zum 13.10. regelmäßige Infostände des Aktionsbündnisses zum Thema.

Zweisprachiges Flugblatt der KPD

Rechtzeitig zum Beginn des Marsches wird ein Flugblatt der KPD zur Ausländerpolitik erscheinen. Gegen die staatliche Ausländerfeindlichkeitspolitik und mit dem, was wir als Kommunisten an richtiger, demokratischer Ausländerpolitik durchsetzen wollen.

Das Flugblatt wird in deutsch und türkisch erscheinen. Wir bitten die Genossen in den Orten, sich möglichst schnell zu überlegen, in welcher Auflage sie das Flugblatt haben möchten. Bestellungen an das Dortmunder Büro.

Kostenlos

erhalten die Ortsgruppen der Partei, die auf der Route des Marsches liegen, von uns „Kizil Safak", den türkisch-sprachigen Roten Morgen. Bitte im zentralen Büro in Dortmund melden und sagen, wie viele ihr haben wollt.

Dieses Angebot gilt keineswegs nur für Ortsgruppen mit türkischen oder kurdischen Mitgliedern. Im Gegenteil. Wir meinen, daß der Marsch gerade für die deutschen Genossen eine gute Gelegenheit ist, einmal etwas zur Unterstützung von „Kizil Safak" zu tun.

Es war Willy Brandt, der uns 1972 den Radikalenerlaß bescherte. Im gleichen Jahr übrigens, in dem er mit der Parole „Mehr Demokratie wagen" seinen Wahlkampf bestritt. Der Radikalenerlaß sollte verhindern, daß aus aufmüpfigen Studenten Lehrer — Beamte! — wurden. Er sollte verhindern, daß sich in der Bundesrepublik der Eindruck breit machte, jeder könne sich ohne weiteres und ungestraft einer Organisation mit einem „K" im Namen anschließen, nur weil das KPD-Verbot seit einiger Zeit faktisch nicht mehr galt. Tausende erhielten Berufsverbot, einzig und allein deshalb, weil sie Mitglied einer sich kommunistisch nennenden Organisation waren oder der Unterstützung ihrer Ziele verdächtigt waren oder sonstwie verdächtig waren, nicht an die FDGO, die Existenz der „freiheitlich-Demokratischen Grundordnung" in der Bundesrepublik zu glauben.

(Übrigens leisteten die meisten Gewerkschaften damals ihren Beitrag zu dieser Art von „mehr Demokratie wagen", indem sie die Unvereinbarkeitsbeschlüsse einführten. Einziger Unterschied zu den staatlichen Radikalenjägern: die DKP blieb verschont.)

Gesinnungsjustiz

Eine gewisse Entschärfung des Radikalenerlasses kam erst einige Jahre später, als die Lehrerarbeitslosigkeit den Staat der Peinlichkeit enthob, die Nichteinstellung politisch mißliebiger Lehrer politisch zu begründen und als die Berufsverbotspraxis bereits hinreichend dafür gesorgt hatte, daß man im Öffentlichen Dienst höchstens noch hinter vorgehaltener Hand seine radikalen, kommunistischen Ansichten kundtat. Die Entschärfung bestand im wesentlichen darin, daß die Mitgliedschaft in einer „verfassungsfeindlichen Partei" allein nicht mehr ausreichte für ein Berufsverbot, sondern solches nur noch bei aktiver Betätigung für eine solche Partei ausgesprochen werden durfte, und auch nur dann, wenn die sogenannte Einzelfallprüfung ergab, daß der Mann / die Frau dem Staat tatsächlich nicht treu ergeben war.

Diese Entscheidung des BVG schaffte viele Berufsverbote aus der Welt. Aber sie schaffte die Berufsverbote nicht ab. Denn das BVG hielt daran fest, daß es zwei Klassen von Parteien gibt: verfassungskonforme und verfassungsfeindliche, Parteien, für die man sich einsetzen darf, für die man z. B. kandidieren darf und Parteien, für die man das alles nicht darf — jedenfalls nicht, wenn man im Öffentlichen Dienst tätig ist.

Das zeigt sich spätestens heute in aller Deutlichkeit, wo die Bonner Wendestrategen darangehen, dort, wo sie die Macht haben, gründlich mit allem aufzuräumen, was ihnen kommunistisch oder sonstwie zu links erscheint. Die Berufsverbotsverfahren, die jetzt gegen Wahlkandidaten der DKP stattfinden, werden mit Sicherheit nur den Auftakt zu größeren und umfassenderen Aufräumungsarbeiten bilden. Das Schreiben aus dem Ministerium Schwarz-Schilling angesichts der bevorstehenden Tarifauseinandersetzungen im Öffentlichen Dienst zeigt das bereits sehr deutlich. Dem wird man mit Sicherheit nicht beikommen, wenn man wie beispielsweise Kurt van Haaren allein moniert, daß Schwarz-Schilling beim Berufsverbieten den Einzelfall nicht sorgfältig prüfen will. Hier muß man Farbe bekennen — gegen die Berufsverbote überhaupt, gegen die politische Verfolgung von Parteien, die dem Kapital und seinen politischen Dienern nicht passen.

Welle von politischen Entlassungen bei der Post

Eine Welle von politischen Entlassungen bei der Post steht bevor. Eine Reihe von Oberpostdirektoren verschickt gegenwärtig Briefe an zum Teil langjährige Beamte, in denen ihnen ihre Entlassung angedroht wird, wenn sie sich nicht von der DKP distanzieren. Hinter dieser politischen Verfolgungsaktion steckt niemand anders als der Minister, Schwarz-Schilling, höchstpersönlich.

Betroffen ist zum Beispiel Herbert Bastian, seit 25 Jahren bei der Post und seit 10 Jahren Stadtrat der DKP in Marburg. Jetzt soll er entweder sein Mandat als DKP-Abgeordneter niederlegen und sich von der DKP distanzieren — oder er fliegt. (Und bekommt anschließend, weil er ja schließlich Beamter war, noch nicht einmal Arbeitslosengeld.)

Daß Herbert Bastian nicht von der Post zum Abgeordneten ernannt wurde, sondern immerhin von Marburger Bürgern gewählt wurde, interessiert Schwarz-Schilling nicht. Er hat die Macht, um gegen ihm unliebsame Beamte vorgehen zu können und die nutzt er aus. Skrupellos.

Betroffen ist auch der Briefträger Wolfgang Repp aus Frankfurt. Im März dieses Jahres hat das Bundesverwaltungsgericht, nachdem er seit 1975 wegen seiner Parteizugehörigkeit dauernd Repressalien ausgesetzt war, endlich das Verfahren gegen ihn eingestellt. Jetzt soll er nach Schwarz-Schillings Willen auch fliegen.

Schwarz-Schilling beruft sich bei dem Gesinnungsterror, den er unter den Postbeamten ausübt, auf eine angeblich „gesicherte Rechtsprechung". Damit meint er zwei(!) Urteile des Bundesverwaltungsgerichts, zuletzt vom Mai dieses Jahres gegen den Postler Hans Meister. Gegen diese Berufsverbote bei der Post hat nicht nur die Postgewerkschaft protestiert. Protest und Solidarität gibt es auch aus den Reihen der Grünen, der SPD und von vielen anderen.



Niedersachsen

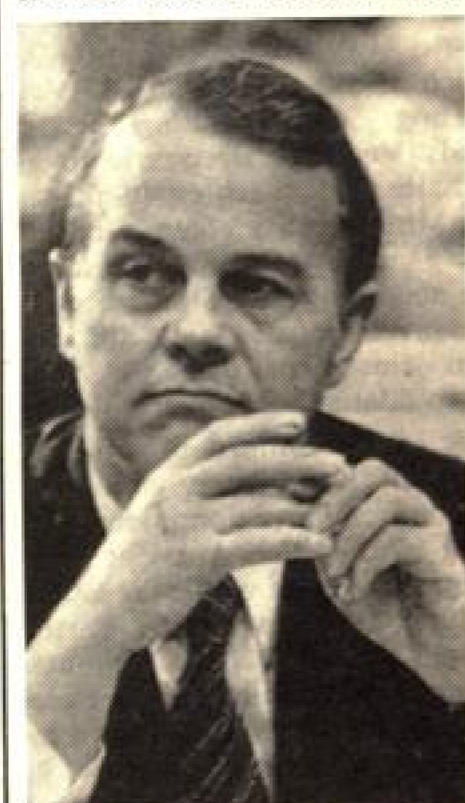
Albrecht gegen DKP-Lehrer

Was Schwarz-Schilling unter den Postlern, besorgt Niedersachsens Ministerpräsident zusammen mit seinem Innenminister und dem Verwaltungsrichter Groschupf unter den Lehrern: Gesinnungsjustiz.

Am Montag dieser Woche begannen in Hannover vier Verwaltungsgerichtsprozesse gegen Lehrer, die zum Teil schon jahrzehntelang im Beruf stehen. Der einzige Grund, weshalb ihnen der Unterricht an Niedersachsens Schulen in Zukunft verboten werden soll: sie haben bei den Kommunalwahlen 1981 für die DKP kandidiert. Weitere Prozesse vor dem Verwaltungsgericht in Oldenburg sollen folgen.

Genau wie bei der Post ist auch in Niedersachsen nicht zu erwarten, daß sich die Gerichte an die in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts vorgeschriebene Prüfung des Einzelfalls halten. Richter Groschupf hat bereits im letzten Jahr in einem ähnlich gelagerten Prozeß gegen den Lehrer Eckartsberg deutlich gemacht, wie seine Rechtsauffassung aussieht: wenn einer für die DKP kandidiert, betätigt er sich aktiv verfassungsfeindlich, deshalb darf er nicht Lehrer sein. Was der Mann sonst denkt und tut, wie er beispielsweise seinen Beruf ausübt, interessiert nicht.

Juristisch wird den Berufsverbotsverfahren in Niedersachsen kaum beizukommen



sein. Das einzige, was helfen kann, ist die Solidarität, der aktive Kampf gegen diese Art von politischer Verfolgung und Gesinnungsjustiz.



Herbstaktionen der Friedensbewegung

Der Bischof von Fulda, die SPD und General Bastian ...

Nach dem Antikriegstag geht es mit den Aktionen vom 19. bis 22. September im Manövergebiet Hildesheim und dem Menschennetz im Raum Fulda am 29. September weiter. Im Raum Hildesheim findet ein Riesenmanöver statt mit 130000 teilnehmenden Soldaten. Im Raum Fulda richtet sich der Protest nicht vorrangig gegen aktuelle Großmanöver, sondern vor allem gegen die Verplanung einer ganzen Region zum Schauplatz eines künftigen Krieges. Für das Menschennetz um Fulda liegt inzwischen auch ein Aufruf des Koordinierungsausschusses der Friedensbewegung vor, den wir auf dieser Seite veröffentlichen. Die KPD ruft auf, sich an den Aktionen in Fulda und in Hildesheim zu beteiligen. Zum Verteilen bei diesen (und natürlich auch bei anderen Friedensaktivitäten) wird eine neue „BLIND"-Zeitung erscheinen.

Diese Aktionen der Friedensbewegung in Hildesheim und Fulda haben interessanterweise erhebliche Reaktionen ausgelöst. Zum Beispiel beim Bischof von Fulda und — in seinem Gefolge — auch bei der Stadt Fulda. Fulda ist nämlich eine Domstadt. Und eine Friedensversammlung schade dem Ansehen des Domplatzes und sei der „Umgebung nicht würdig" — so Bischof Dyba. Deshalb werden von der Friedensbewegung jetzt 20000 DM verlangt — als Kaution für eventuelle Schäden am Dom und an Rasenflächen und Zierpflanzen.

Aufgeschreckt haben diese Aktionen der Friedensbewegung aber auch Kräfte, die sich im allgemeinen ziemlich friedensbewegt geben — die SPD/Hannover und General Bastian, der zusammen mit anderen extra einen offenen Brief verfaßt hat. Was sie stört, sind die geplanten Manöverbehinderungen. Denn diese Aktionen, so die SPD/Hannover, träfen in erster Linie die „jungen Soldaten". „Sie seien gegen die Befehlsempfänger und nicht gegen die politisch verantwortlichen Befehlsgeber gerichtet. Das Eintreten für Friedenssicherung und Abrüstung dürfe aber den Dienst junger Soldaten nicht erschweren."

Was soll man zu einem solchen Geseiere sagen? Nun, zunächst mal steht es der SPD/Hannover ja frei, alternativ zum Vertauschen von Manöverwegweisern Aktionen gegen „die politisch verantwortlichen Befehlsgeber" beim Manöver zu unternehmen. Vielleicht zusammen mit dem Fachmann Hans Apel?

Aber vor allem muß man doch wohl folgendes sagen: wer frei nach dem Sprichwort Dienst ist Dienst und Schnaps ist Schnaps nur so lange für den Friedenskampf eintritt, wie der dem Militarismus keine Steine in den Weg legt, der sollte sich schämen, ausgerechnet im Namen der „jungen Soldaten" zu räsonnieren. Denn wer sonst als vor allem diese jungen Soldaten sind es denn, die dann, wenn aus der heutigen Kriegsübung einmal Kriegsernst wird, als erste den Kopf hinhalten müssen?

Bleibt nur noch zu erwähnen, daß es auch erfreuliche Gegenstimmen zu dieser Friedensheuchelei gibt: Alfred Mechtersheimer und Dorothee Sölle unterstützen die Aktionen gegen die Herbstmanöver. Mechtersheimer forderte die Friedensbewegung darüber hinaus auf, den US-Truppen den Aufenthalt in der BRD „mit allen gewaltfreien Mitteln so unangenehm wie möglich zu machen".

Manöver-camp der KJD

Vom 19.—22. September finden die Aktionstage im Raum Hildesheim statt. In der Zeit finden mehrere Camps statt, von denen die verschiedensten Aktivitäten und Aktionen ausgehen werden. Dabei ist auch ein Camp der KJD!

Die Aufgabe, die sich dieses Camp zusammen mit anderen gestellt hat, heißt vor allem: Manöverbeobachtung. Die Informationen, die beschafft werden, sollen nicht nur den anderen Teilnehmern der Aktionstage zugutekommen, sondern vor allem auch der betroffenen Bevölkerung.

Wer mitmachen will, kann sich (und sollte sich) bei der KJD-Zentrale in Dortmund melden. Gesucht werden übrigens dringend noch Leute, die schon vor dem 19. September Zeit haben...

Friedensnetz gegen Kriegsmanöver
Aufruf zum Menschennetz am 29. September 1984 im Fulda Gap

„Fulda Gap. Hier könnte der Dritte Weltkrieg beginnen", so heißt es in der Anfangsszene eines amerikanischen Films aus dem Jahre 1981. Fulda Gap (Fulda-Lücke), so bezeichnen die Militärs die Region in Osthessen, in der ein atomarer Holocaust seinen Anfang nehmen könnte. Die NATO sieht für den Fall einer kriegerischen Auseinandersetzung im Gebiet zwischen Bad Hersfeld, Alsfeld, Fulda und Schweinfurt den Abwurf von 141 Atombomben vor. Das heißt 17mal Hiroshima in Osthessen.

Osthessen droht wie keine andere Region in der Bundesrepublik der totalen Militarisierung zum Opfer zu fallen: Raketenstellungen, Munitionslager für Giftgas, atomare und konventionelle Waffenarsenale, Flughäfen überziehen die Landschaft. Im Rahmen des „Unterstützungsabkommens im Krisen- und Kriegsfall" (War Time Host Nation Support) werden neue NATO-Versorgungslager errichtet und im Rahmen der Vorwärtsstrategie ständig neue Militärkomplexe näher an die Grenze zur DDR verlegt.

Allein im Jahre 1983 fanden in Osthessen über 200 Manöver statt. Das bedeutet Schäden an Landschafts- und Wasserschutzgebieten, an landwirtschaftlichen Nutzflächen, Lärm, Staus, Unfälle, Verletzte und Tote.

Straßen sind gesperrt, Brücken und Waldwege werden zerstört, Hubschrauber-Gedröhne in der Luft, Panzerkolonnen rattern durch die Wohnsiedlungen.

Bei den Manövern in Osthessen wird die sog. „Air-Land-Battle-Doktrin" (Luft-Land-Schlacht-Doktrin) eingeübt.

Die von den USA betriebene Einführung der „Air-Land-Battle-Doktrin" für die gesamte NATO verschärft den Rüstungswettlauf und erhöht die Kriegsgefahr.

- die ALB-Doktrin ist „von einem offensiven Geist geprägt" und sieht frühzeitige Angriffe tief in das Territorium eines potentiellen Gegners vor. Sie ist von ihrer inneren Logik her für einen überraschenden Angriffskrieg geeignet.
- die ALB-Doktrin sieht ein „integriertes" Schlachtfeld vor. Konventionelle, chemische, atomare und elektronische Waffen sollen frühzeitig und gleichzeitig von Anbeginn eines Krieges zum Einsatz kommen. Dies widerspricht allen Beteuerungen von Politikern und Militärs, daß Massenvernichtungswaffen nur politische „Droh"-Waffen sind.
- die ALB-Doktrin braucht zu ihrer praktischen Verwirklichung neuartige Waffensysteme mit moderner Technoligie. Ein ungeheurer Rüstungsschub auf konventioneller, chemischer und atomarer Ebene steht bevor.

Die Bundeswehr ist bereits heute durch gemeinsame Manöver mit US-Truppen an der Einübung des Air-Land-Battle-Konzepts beteiligt. Offensive Kriegsführungsstrategien widersprechen jedoch eindeutig dem Friedensgebot des Artikel 26 des Grundgesetzes und stellen für immer mehr Menschen die NATO als „Verteidigungsbündnis" in Frage.

Diese offensive Kriegsführungsstrategie führt zu einer wachsenden militärischen Bedrohung. Eine Folge wird die weitere Verhärtung des Ost-West-Konfliktes im Sinne eines kalten Krieges sein. Was wir brauchen, ist keine Militarisierung der Konflikte sondern ihre Entmilitarisierung. Dies gilt für alle am Rüstungswettlauf beteiligten Mächte, im Osten wie im Westen. Wegen der besonderen Bedrohung des mitteleuropäischen Raumes gibt es in der NATO erhebliche Widerstände gegen die Übernahme des ALB-Konzeptes. Wir fordern die Bundesregierung deshalb auf, sich klar und eindeutig gegen die schleichende Einführung dieser neuen aggressiven Kriegsführungsstrategie auszusprechen.

Viele Millionen Menschen sind seit Beginn der 80er Jahre gegen die Stationierung neuer Atomwaffen aufgestanden. Die Durchsetzung von Pershing II und Cruise Missiles gegen den Mehrheitswillen in der Bevölkerung hat uns deutlich gemacht, daß es bei dieser neuen Rüstungsrunde nicht nur um einige zusätzliche Raketen ging. Wir haben begriffen, daß die NATO-„Nachrüstung" Teil der offensiven Kriegsführungskonzeption ist, die in der „Air-Land-Battle"-Doktrin ihren Ausdruck findet.

Rüstungswahnsinn, die Kriegseinübung durch Manöver, die Zerstörung von Natur und Umwelt durch das Militär stoßen auf unseren Widerstand. Aus Protest gegen die Manöver finden ab dem 22. September Friedenscamps im Fulda Gap statt, die von regionalen Friedensinitiativen und gewaltfreien Aktionsgruppen gestaltet werden. Der Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung ruft unter dem Motto „Friedensnetz gegen Kriegsmanöver" für den 29.9. zu einer Demonstration in Form eines großen Menschennetzes im Fulda Gap auf.

10.30 Uhr	Auftaktveranstaltungen
11.30 Uhr	Aufbau des Menschennetzes
12.45 — 13.00 Uhr	Schließung des Menschennetzes
13.00 Uhr	Symbolisches „Massensterben"
ab 13.10 Uhr	Auflösung des Menschennetzes
ab 13.30 Uhr	Anfahrt zur Kundgebung nach Fulda
15.00 — 17.00 Uhr	Kundgebung
ab 17.00 — 19.00 Uhr	Musikprogramm

„Osthessen: Herrliches Land, alte Städte, Fachwerkhäuser. Aber Hunderte von Munitionsdepots, Atomwaffenbunker, Feldflugplätze, Nachschublager, Kasernen, Schießbahnen. Faktisch ein Aufmarschgebiet... das größte Pulverfaß der Welt." schreibt Anton Andreas Guha in seinem Buch „Ende — Tagebuch aus dem dritten Weltkrieg".

Das Pulverfaß Osthessen heute

1. In der Mitte die Verkehrsachse, Air-Base und Startbahn West in Frankfurt, die A 66 entlang dem Kinzigtal, quer dazu mitten durch das Fulda Gap die Schnellbahn Hannover-Würzburg mit Nebentunneln, die sich militärisch nutzen lassen.

2. Stationierungsorte. Allein im Bereich der Achse Frankfurt-Fulda sind über 50000 US-Soldaten „beheimatet". Zahlenmäßiger Schwerpunkt ist dabei Hanau. Dort sind ca. 20000 US-Soldaten stationiert. Strategische Schwerpunkte sind das Headquarter des V. US-Korps in Frankfurt und das Chemical Detachment in Fulda Down Barracks.

3. Panzer- und Raketenwerkstätten in Gelnhausen, Hanau und Gießen stellen einen wichtigen Teil der militärischen Versorgung dar. In Gelnhausen wurde 1982 die modernste Panzerwerkstatt Europas eingerichtet.

4. Von Babenhausen über Hanau und Friedberg bis Gießen sind Kurzstreckenraketensysteme (Nike, Hercules, Lance) stationiert, deren Ziele allesamt im Fulda Gap oder im sogenannten Thüringer Balkon liegen.

5. Eine wichtige strategische Rolle innerhalb der neuen US-Kriegsführungsstrategien kommt den Air-Bases zu. Neben den bereits bestehenden in Gießen und Frankfurt sowie Erlensee werden gegenwärtig US-Air-Bases in Wiesbaden Erbenheim, Büdingen und Fulda-Sickel ausgebaut.

6. Die Munitionsdepots in Wetterau sowie rechts und links des Kinzig-Tals, in Vogelsberg, Spessart und Rhön. Schon heute im Bau oder im Betrieb sind Munitionsdepots in Ockstadt, Wehrheim-Köppern, Kilianstätten, Freigericht-Bernbach, Gundhelm, Greberhain, Fulda-Giesel, Gelnhausen-Geilshausen und Wildflecken. Bestückt sind diese Depots mit konventioneller, chemischer und nuklearer Munition.

7. ADM-Waffen. Atomic Demolition Munition, die im Ernstfall künstliche Hindernisse aufwerfen, Waldbrände auslösen und Straßen, Brücken, Schleusen, Flugplätze sowie Industriebetriebe zerstören sollen. Zu diesem Zweck ist ganz Mittel- und Osthessen mit Hunderten von Sprengkammern übersät. Geübt wird der Einsatz der ADMs entlang der Aufmarsch-(Rückzugs-)achse in Gelnhausen, Schlüchtern, Lauterbach und Fulda. Deponiert sind die ADM-Waffen u.a. in Hanau, Giesel bei Fulda und Wildflecken.

Soweit das Bestehende. Sollte sich nun in den kommenden Jahren die geplante militärische Infrastruktur für Master Restationing Plan, Wartime Host Nation Support und Air-Land-Battle-Doktrin in Gesamtheit vollziehen, wäre nicht nur Mittel- und Osthessen ein militärischer Übungsplatz, innerhalb dessen das zivile Leben nur noch eine beiläufige nebensächliche Rolle spielte.

Zehntausende von US-Soldaten, direkt an der Grenze zum Warschauer Pakt stationiert, ausgerüstet mit konventionellen sowie A-, B- und C-Waffen, in permanenter Übung begriffen, würden die totale und ständige Friedensgefährdung bedeuten. Das potentielle Schlachtfeld Fulda Gap wäre bereit zur letzten Schlacht.

(Aus Rundbrief Nr. 3 des Koordinierungsausschusses der Friedensbewegung)

Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserb

Diskussion „35"

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
ich möchte euch zu der Analyse der Streikbewegung „Was hat's gebracht?" — mir liegt euer Sonderdruck vor — gratulieren. Nach dem vielen Unsinn, der von „linker" Seite veröffentlicht wird, ist eure nüchterne Analyse sowohl des Ergebnisses als auch die Einschätzung der Gefahren, die daraus resultieren, direkt wohltuend, weil ihr Übertreibungen vermeidet, weil ihr nicht nur die „gewerkschaftliche", die tarifpolitische Seite, sondern auch die gesellschaftspolitische klar seht.

Es gibt sicher Nuancen, über die wir streiten könnten, aber sie sind nebensächlich, weil es gerade in der jetzigen Situation wichtig ist, einen klaren Kopf zu behalten, sich nicht von scheinradikalem Geschwätz verwirren zu lassen und herauszuarbeiten, wo und wie Gewerkschafter zusammenarbeiten können, um zu verhindern, daß die **Umsetzung** des abgeschlossenen Vertrages (oder der Verträge) zu den schädlichen Auswirkungen führt, die wir alle befürchten.

Erlaubt mir einen Punkt herauszugreifen, der scheinbar nur „terminologische" Bedeutung hat, der mir aber wichtig genug erscheint, ihn auszudiskutieren. Ihr schreibt: „Die Begründung der Minimax-Strategie war von Anfang an klassisch **sozialpartnerschaftlich**, indem sie den Streik als Klassenkampfaktion verneinte und ausschließlich als Methode begriff, den Unternehmern durch Produktionsausfall wirtschaftliche Verluste zuzufügen." Mir ist nicht ganz klar, wie Ihr das versteht, denn zu streiken, um den Unternehmern dadurch Schäden zuzufügen, sie dadurch auch zum Zurückweichen oder Aufgeben zu zwingen, ist für mich eine „Klassenkampfposition" und keine sozialpartnerschaftliche. Wie würdet Ihr sonst die Haltung jener Gewerkschaften charakterisieren, die sich erst gar nicht auf einen (Klassen)-Kampf einlassen, sondern durch die Kapitulation vor der von Norbert Blüm favorisierten „Vorverrentung" sogar die gemeinsame Front durchbrechen?

Ich würde als „sozialpartnerschaftlich" jene Gewerkschaften charakterisieren, die von vornherein von der Möglichkeit einer dauernden „Partnerschaft" von Kapital und Arbeit ausgehen, im Gegensatz zur IG Metall, IG Druck und anderen, die klar und deutlich vom **Gegensatz** von Kapital und Arbeit ausgehen.

Eine andere Frage ist die: wie weit auch diese „klassenkämpferischen Führungen" bereit sind zu **gehen**, d. h. ob sie bereit sind so weit zu gehen, daß unter Umständen das kapitalistische System **insgesamt** in Frage gestellt würde! Sind sie also „revolutionäre" Gewerkschafter? Nun könnte man sagen, das sei nicht so wichtig, es wäre eine „theologische" Frage. Aber sehr konkret wird es, wenn Ihr schreibt, das „Gespenst der finanziellen Ausblutung der IG Metall" sei als Krücke benutzt worden, um jene zu diffamieren, die die Verstärkung des Kampfes gegen die Kapitalisten forderten. Ihr geht hier nämlich an einem zentralen Problem vorbei, das eben das Verhalten der Bürokratie charakterisiert und dessen Verständnis wichtig ist, um eine korrekte und glaubwürdige Antwort geben zu können.

Laßt mich das Problem zunächst etwas hochtrabend klingend theoretisch ausdrücken. Es geht in Wirklichkeit um die **„Dialektik der partiellen Errungenschaften"**. Was heißt das? Es geht darum, daß Arbeiterbürokratien, die Führungen großer Organisationen, das Bestreben über Arbeiterkämpfe in den kapitalistischen Staaten die **Macht zu erobern**, der Verteidigung **„ihrer"** Organisationen **unterordnen**. Sie verhalten sich so als müßten neue Errungenschaften der Arbeiterbewegung (die 35-Stunden-Woche z. B.) absolut und zwingend der Verteidigung des bereits Bestehenden, nämlich der Organisation (die durch finanzielle Ausblutung in der Tat ein Risiko eingehen würde) **untergeordnet** werden. Das läßt bei ihnen eine grundlegende **konservative** Mentalität entstehen (die mit **„partiellen Klassenkämpfen"** durchaus vereinbar ist!)

Die Dialektik der partiellen Errungenschaften enthält einen echten, nicht durch Tricks auflösbaren **Widerspruch**. Er steckt in dem Problem selbst. Denn niemand von uns könnte leugnen, daß es nötig ist, das Errungene zu verteidigen. Wer das nicht tut, kann auch keine neue Errungenschaften erkämpfen. Nur dürfen wir nicht von vornherein annehmen — und das macht eben das Wesen des **Konservatismus** der Bürokratie aus — daß jeder Sprung nach vorne (auch wenn die Klasse in Gefahr gerät) automatich die vorherigen Errungenschaften (die Organisation) bedroht! Wahr ist, daß heute die Arbeiterklasse durchaus einiges zu verteidigen **hat** (und nicht nur die Ketten!), aber ebenso richtig ist, daß die **Weigerung** im Kampf auch Gefahren auf sich zu nehmen, den Weg nach vorne (zum Beispiel zur 35-Stunden-Woche mit Lohnausgleich) konsequent zu gehen, letzten Endes auch das bereits Errungene **gefährden** kann!

Wir machen es uns manchmal etwas zu leicht, indem wir die bürokratische Haltung von Gewerkschaftsführungen allein auf ihren Wunsch, ihre **Privilegien** zu verteidigen, zurückführen. In der Tat ist das Einkommen von Gewerkschaftsführern in der BRD (noch lange nicht so hoch wie in den USA) immerhin etwa vier- bis fünfmal so hoch wie das von Facharbeitern. Aber in Frankreich, wo z. B. sowohl die CGT, als auch die CFDT-Führungen ein Gehalt haben, das nicht viel höher liegt als das der Facharbeiter, ist das gleiche **konservative** Verhalten festzustellen. Und zwar weil dort auch die (vermeintliche) Verteidigung des Errungenen (auch der Organisation) völlig im Vordergrund steht und eine ebensolche konservative Haltung hervorruft.

Es gibt übrigens einige historische Beispiele, die sehr deutlich zeigen, wie bürokratische Führungen sich, ihre Existenz, mit der Organisation identifizieren. Nicht zuletzt Ebert, der zwar bereit war für die Kriegskredite zu stimmen, aber geplant hatte, die Parteikasse in die Schweiz zu bringen (was ja immerhin „Hochverrat" war), um die Existenz der Organisation zu wahren, falls sie (wie unter den Bismarckschen Gesetzen) gefährdet sein würde. Oder, daß die gleichen Sozialdemokraten, die dafür gestimmt haben, auf die proletarischen Brüder in anderen Ländern zu schießen, ihre Beiträge während des ganzen ersten Weltkrieges an die Sozialistische Internationale abgeführt haben, deren Sitz in Amsterdam war. Die **Organisation** mußte erhalten bleiben, auch wenn die sozialistische Idee verraten wurde!

Einiges von dem, was Ihr geschrieben habt, veranlaßt mich auch zum Überdenken eigener Positionen. Ich hoffe, wir werden Gelegenheit haben, beim Treffen des „Info 35" (oder auch bei anderen Gelegenheiten) hierüber noch zu diskutieren, wobei mir allerdings die **praktische** Aufgabe gemeinsam zu handeln, jetzt am wichtigsten scheint.

Mit kollegialen Grüßen
Jakob Moneta, Frankfurt

Betr.: „Rentenversicherung teurer?"

Betr.: „Rentenversicherung teurer?" Der Bericht über die Rentenversicherung interessierte mich besonders. Ich bin zwar kein Experte, aber von Berufs wegen habe ich viel mit der Rentenversicherung zu tun gehabt als Angestellter der AOK Hamburg. Jetzt bin ich Rentner.

Es hat Zeiten gegeben, da bezahlten die Arbeitgeber 1/3 und die Arbeitnehmer 2/3 der Beiträge. **Die Beitragsparität Arbeitgeber 1/2** und Arbeitnehmer 1/2 war schon ein Fortschritt. Wenn dieser Fortschritt wieder in Frage gestellt werden soll, so müßte das die Arbeitnehmer auf die Barrikaden treiben. Ob die Rentenversicherung in Schwierigkeiten kommt oder nicht, ist meines Erachtens eine politische Frage. Daß durch den sogenannten Pillenknick plötzlich viel weniger junge Arbeitnehmer da sind, hat sich ja bisher kaum bemerkbar gemacht. Dann fängt es erst an, kritisch zu werden.

Die vielen Arbeitslosen bringen der Rentenversicherung auch sehr viel Mindereinnahmen, aber neuerdings werden für die Arbeitslosen Beiträge zur Rentenversicherung bezahlt, aber nur in Höhe der Unterstützung. Genau so wie bei den Krankengeldbeziehern ab 1. 1. 84.

Die Politik der „Sanierung", wie sie zur Zeit üblich ist, bedeutet eigentlich nur das Hin- und Herschieben des Schwarzen Peters von einer Sparte der Sozialversicherung zur anderen: Krankenversicherung, Rentenversicherung, Arbeitslosenversicherung, Unfallversicherung.

Bei der Rentenversicherung besteht das Prinzip der Versicherung, der Versorgung und der Solidarität. Ein Teil der Rentenleistung, der sogenannte Grundbetrag, wird vom Staat aufgebracht. Ein anderer Teil der Rentenleistung wird aus Mitteln der Beiträge der Versicherten und Arbeitgeber aufgebracht. Solange die Zahl der Beschäftigten ansteigt und die Summe der Löhne ansteigt, kann die Rentenversicherung gut auskommen. Sobald aber die Zahl der Beschäftigten sinkt, kann die Rentenversicherung ins Dilemma kommen.

Es ist eine politische Frage, ob man die Beiträge erhöht oder den staatlichen Zuschuß aus Steuermitteln erhöht. Ich kann mir allerdings nicht vorstellen, daß die Rentenversicherung ihre Zahlungen einstellt. Die Rentenerhöhung ab 1. 7. 84 beträgt 3,4 Prozent. Der Krankenversicherungsbeitrag erhöht sich auf 2 Prozent, weil sich der Zuschuß des Rentenversicherungsträgers zur Krankenversicherung der Rentner von 10,8 Prozent auf 8,8 Prozent vermindert. Tatsächliche Rentenerhöhung laut Merkblatt 1,31 Prozent. Bei mir persönlich trifft 2,1 zu. Die Rente enthält Teile aus Beträgen der Höherversicherung, die nicht der Steigerung unterliegen. Die Beiträge wurden, da ich im öffentlichen Dienst tätig war, vom Arbeitgeber in früheren Jahren zu 2/3 bezahlt, in den letzten Jahren durch entsprechenden Tarifvertrag durch den Arbeitgeber voll bezahlt, also keinen Abzug vom Lohn. Die Höherversicherung konnte bei der VBL (Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder) oder bei der BfA (Bundesversicherungsanstalt für Angestellte) durchgeführt werden. Ich wählte die BfA.

Mit freundlichen Grüßen

A.D. Wendisch-Evern

Vergesellschaftung?

Zum Artikel „Die Tugend des Kompromisses" im RM Nr. 33

Allgemein liegt die Aussage des Artikels goldrichtig und ist sehr zu begrüßen. Zu kritisieren gibt's im letzten Abschnitt:

Peter Glotz sagt, die Arbeitsgemeinschaft für Unternehmerfragen der SPD und die IGM hätten die Forderung nach Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien erneuert, und er rät davon ab, diese Auseinandersetzung in Deutschland anzufangen. Wir Kommunisten dagegen meinen, die Arbeiterklasse muß gerade eben diesen Kampf aufnehmen und gewinnen, den Unternehmern die Verfügungsgewalt über die Betriebe entreißen, den Kapitalismus abschaffen usw. Und wir hoffen, daß die Arbeiter im Kampf für die 35-Stunden-Woche ihre eigentliche Macht erkannt haben, die es ihnen auch ermöglicht, die Herrschaft der Kapitalisten zu beenden. So weit der letzte Abschnitt kurz zusammengefaßt.

Ich finde, es hätte auch nichts mehr ausgemacht, wenn man den Artikel noch um eine Spalte verlängert hätte und dafür den letzten Punkt etwas klarer dargestellt hätte. Dieser Kampf um die Verfügungsgewalt, also Abschaffung des Kapitalismus, ist doch nicht das, was die SPD-Arbeitsgemeinschaft und die IG Metall mit ihrer Forderung nach Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie meint. Gut, das steht jetzt so im RM auch nicht drin, aber es steht eben auch nicht drin, daß dem nicht so ist. Wenn hier ein Betrieb verstaatlicht wird, heißt das ja noch lange nicht, daß die Arbeiter auch die Verfügungsgewalt darüber haben. Und wenn die Gewerkschaft seit neuem statt Verstaatlichung Vergesellschaftung sagt, ist das deshalb noch nicht das Gleiche. Wir haben das auf dem KJD-Lager ausführlich diskutiert, daß es da selbst im Sozialismus noch beträchtliche Unterschiede gibt zwischen Verstaatlichung und Vergesellschaftung. (Bei der Gelegenheit nochmal ein herzliches Dankeschön an Jürgen, der die AG „Ökonomie im Sozialismus" ganz toll vorbereitet und gemanaged hat!)

Also: In dem ganzen Artikel wird ausführlich aufgezeigt, daß die SPD nur ganz scheinbar unsere Interessen vertritt, und mit ihr die Gewerkschaftsführung, da sie bis jetzt noch von der SPD beherrscht wird. Und am Schluß sollen wir plötzlich die gleichen Forderungen und Kampfziele haben? Eine Spalte mehr, und man hätte das alles unterbringen können.

Viele Grüße, Angelika aus Stuttgart

P.S. Hoffe, ihr hattet alle schöne Ferien!

Antikriegstagsgruß

Liebe Genossen!
Ich grüße euch herzlich!
Wer glaubt, die deutsche Arbeiterklasse ist ein Murmeltier, der hat mit Zitronen gehandelt!
Let's try it on and on!

Tschüß und Rotfront!

P.K., München

PINWAND

Parteiveranstaltungen, Treffs, Termine

Veranstaltung

Anläßlich des 10. Todestages unseres Genossen Günter Routhier, der am 18. 6. 1974 an den Folgen eines Polizeieinsatzes bei einer Arbeitsgerichtsverhandlung in Duisburg starb, findet am 8. September eine Veranstaltung in Duisburg statt. Auf dem Programm stehen unter anderem ein Film, der im holländischen Fernsehen über die Ereignisse lief, Beiträge von strafrechtlich Verfolgten, die den Polizeieinansatz angriffen, eine Rede zur politischen Unterdrückung in der BRD in den letzten zehn Jahren, Beiträge von Initiativen und Organisationen, die sich gegen die politische Unterdrückung und Polizeiübergriffe wenden und das politische Kabarett aus Düsseldorf „Der Zeitzünder".

Am 8. September um 19 Uhr im Kultur- und Freizeitzentrum Hamborn (Hamborner Ratskeller) Duisburger Str. 213 in Duisburg Hamborn

KJD

Mädchenseminar der KJD: „Wer glaubt, daß Mädchen dümmer sind ... der spinnt, der spinnt"
Wochenende 22. und 23. September
im Raum Westfalen
Anmeldung und Auskunft im zentralen Büro

KJD

Aktionstage Manöverbehinderung in Hildesheim und Umgebung
15. - 22. September
In diesen Tagen organisiert die KJD ein eigenes Camp im Manövergebiet. Interessenten melden sich bitte im zentralen Büro.

FRIEDENSKONFERENZ

Die Nordkonferenz der Friedensbewegung
9. September, 10 Uhr
Hannover, Raschplatz-Pavillon

Arbeitslosentreffs der KPD

FÜR DEN BEREICH NORD
Samstag, 8. September um 11 Uhr
Tählmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Hamburg 6

Für den Bereich Süd steht noch kein Termin fest



Deine Spende für den Roten Morgen!

Ist gefragt. Roter-Morgen-Spende: Das ist eines von den drei „Stichworten", unter denen Genossen, Freunde und Kollegen aufgerufen sind, für die Arbeit der KPD zu spenden. Wir meinen: Unsere Arbeit kann sich sehen lassen. Als Beispiele aus dem letzten Jahr: Serie über den „CDU-Staat" vor der Bundestagswahl im März, ausführliche und konkrete Berichterstattung über die Entwicklung in Lateinamerika, (Hungerrebellion in Sao Paulo, Entwicklung auf Grenada — und zwar vor der US-Aggression), die einzige konkrete und kritische Auseinandersetzung mit dem DGB-Beschäftigungsprogramm, Exklusivberichte über Betriebsbesetzungen und manches andere mehr, was nicht in anderen Zeitungen zu finden ist (neben Berichten über den Sozialismus in Albanien und über 200 Korrespondenzen). Und wir haben in diesem Jahr noch viel vor — dazu brauchen wir eure Mitarbeit, eure Kritik, aber auch, und das dringend: euer Geld! Deine Spende für den Roten Morgen hilft deiner Zeitung, hilft unserer Partei! Nur mit noch mehr Spenden können wir unsere Arbeit weiter verbessern! Darum: Spende — jetzt!

Auf Konto: Verlag Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Stadtsparkasse Dortmund, Kto.-Nr. 321000290; (Bankleitzahl 44050199) Postscheckkonto Dortmund 79600-461

Abonniert die Wochenzeitung der KPD

Hiermit bestelle ich: Abonnement(s) ... ab Nr. ....

Die Zahlung erfolgt:
○ jährlich 60 DM
○ halbjährlich 30 DM

○ Ich lege Post/Bankscheck bei über DM ....
○ Ich habe den Betrag von DM .... an den Verlag überwiesen
○ Ich bitte um Vorausrechnung

Name Vorname ....
Straße ....
PLZ/Ort ....

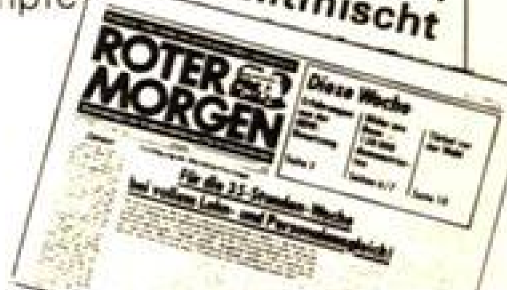
Die Abonnementgebühren sind im Voraus zu zahlen. Das Abonnement verlängert sich, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird.
Bankverbindungen: Stadtsparkasse Dortmund, Kto.-Nr.: 321000290 (Bankleitzahl 44050199) Postscheckkonto Dortmund 79600-461

Internationalismus

DATEN, FAKTEN DOKUMENTE

über die Befreiungskämpfe von Irland bis Lateinamerika von Afrika bis Asien

Schwerpunkt: immer da, wo DM mitmischt



WOCHENZEITUNG DER KPD

RM Verlag, Postfach 300526, 46 Dortmund 30

Kommunalwahl in NRW

Vorgeschichte einer Wahlbeteiligung

Bereits vor über einem Jahr, im Juni '83 begannen in Dortmund die Debatten über die Kommunalwahl, über Kandidaturen oder Bündnisse. Dabei gab es zahlreiche Varianten und Anfänge. Die erste Mitgliederversammlung der Gründen war dabei bereits von einschneidender Wirkung. Sie — bzw. die Macher der Grünen — vertraten dort die Position, es könne nur eine offene Liste der Grünen (als grünes Programm plus andere Kandidaten) geben, ohne Beteiligung der DKP, wobei die inhaltliche Argumentation der wichtigsten Wortführer deutlich machte, daß ihr „Veto" keinesfalls nur der DKP galt, sondern erst recht dem Kommunismus. Zwar gab es dann aufgrund der Initiative von Parteigenossen (die Partei nahm, wie eine Reihe anderer Organisationen, an dieser Grünen MV teil) noch eine weitere Versammlung, eine Aufschiebung des endgültigen Beschlusses, weil ein Teil der Mitglieder der Grünen durchaus für andere Vorgehensweisen war, aber faktisch war der Beschluß schon vorweggenommen, und so kam es auf der nächsten MV auch.

Zusammen mit anderen Kräften (aus dem Kreis der DS, der Friedenszeitung, einigen linken Grünen und einzelnen Personen) organisierte die Partei den „Kommunalpolitischen Arbeitskreis" (KAK), der es als seine Aufgabe sah, einerseits dafür zu arbeiten, daß bestimmte politische Fragen im Kommunalwahlkampf eine größere Rolle spielen sollten (damals 35-Stunden-Woche, Verstaatlichung, Sozialabbau, Wahlrecht für Ausländer) und die Diskussion um ein linkes Wahlbündnis zu führen. Das erste, die Beeinflussung der inhaltlichen Debatte, wurde mit einigem Erfolg geleistet, zwei veröffentlichte Infos wirkten dahin; das zweite war, da Grüne und DKP ihre Kandidatur beschlossen hatten, die anderen, trotz inhaltlich anderer Vorstellungen, sich nicht trauten, bereits im Vorfeld erledigt.

Da es der Partei ohnehin darum gegangen war, nicht irgendein „linkes Bündnis" zu schustern, sondern ein inhaltlich bestimmtes, wurde in den Parteiorganisationen ein Rundschreiben der Ortsleitung diskutiert und abgestimmt, das die Teilnahme der Partei an der Wahl vorschlug.

Dabei sprachen sich nur vier Genossen gegen eine Teilnahme aus, also, hochgestochen gesagt, mehr als 90 Prozent waren dafür. Eine Diskussion in diese Richtung hatte es bereits im Herbst letzten Jahres gegeben, auf einem Mitglieder-Informationstreff, der aus Anlaß des „KAK"-Infos organisiert worden war. So wurde dann die Kandidatur der Partei beschlossen, im Juni die Vorbereitungsarbeiten gemacht und in drei Wochen im August, nach der Urlaubszeit, der Hürdenlauf über die Wahlbehinderungsvorschriften des Kommunalwahlgesetzes absolviert. 28 Stände und drei Haussammlungen in drei Wochen erbrachten insgesamt über 500 Unterschriften, die dazu führten, daß alle elf in den Wahlbezirken angemeldete Kandidaten und die Partei-Reserveliste auch anerkannt wurden.

Warum die KPD in Dortmund kandidiert

Auszüge aus einem Rundschreiben der Ortsleitung

Die Beteiligung der KPD in Dortmund an der Kommunalwahl wurde im Frühjahr des Jahres in der Ortsgruppe endgültig diskutiert. Grundlage der Debatte war ein Rundschreiben der Ortsleitung, von dem wir hier Auszüge wiedergeben.

(...) Gerade in einer Stadt wie Dortmund werden anhand der Kommunalwahlen die verschiedenen politischen Richtungen sehr deutlich aufeinander prallen, geht es doch darum, eine Politik für eine Stadt zu entwickeln, die sich im Zentrum der kapitalistischen Krise befindet — diese konkrete Lage verstärkt noch die Wirkung des oben Gesagten.

Und hier, das soll unterstrichen werden, muß man erst recht in aller Deutlichkeit Farbe bekennen, seine eigene Politik darstellen, vertreten, propagieren. Und die KPD hat zu dieser Lage nicht nur sehr viel zu sagen, sondern sie hat auch politische Aussagen zu machen, die eine Lösung dieser Probleme im Sinne der Arbeiterklasse und der werktätigen Bevölkerung beinhalten — was andere Parteien eben nicht haben. Hat man ernsthaft den Anspruch, eine politische Partei zu sein, ist man ernsthaft der Meinung, man habe eine eigene, profilierte Politik zu vertreten, so läßt sich dieser Passus zusammenfassen, dann muß man auch Farbe bekennen, sich zur Wahl stellen. Die Alternative dazu, die Hoffnung darauf, ohne Wahlbeteiligungen zu einer politischen Kraft zu werden, oder eines Tages sich zu beteiligen und dann den „großen Coup" zu landen, erscheint angesichts der Realitäten eine Träumerei, die eher die Absicht hat, die Mühen und Plagen abzuwehren, als selbst Perspektive zu bieten.

(...)

In diesem Zusammenhang steht auch die gesamte Wirtschaftspolitik der Stadt — ihre eigene Personalpolitik wie beispielsweise vor allem die Wirtschaftsförderungspolitik.

Erst in jüngster Zeit wurden dazu eine Reihe Tatsachen bekannt, die das nochmals deutlich zeigen: Daß die Stadt unterdurchschnittlich wenige Lehrstellen anbietet ebenso, wie, daß Frauen dort ebenso diskriminiert sind wie in der Privatwirtschaft, daß mit der ganzen Sparpolitik Überschüsse erzielt wurden, die nun den Banken zugutekommen sollen, daß SPD-Wirtschaftsförderung heißt, alle Vergünstigungen fürs Kapital zu schaffen (wie es der „Fall Nona" im letzten Jahr so deutlich machte). Der Protest etwa Samtlebes gegen die Steuerumverteilungspolitik der Regierung ist natürlich gerechtfertigt — hier wird die Krise nach unten abgewälzt. Aber trotzdem erhebt sich die Frage, was man draus macht. Ob man den durch Rotstiftpolitik erzielten Überschuß den Banken in den Rachen wirft oder nicht, das ist eine Entscheidung, die die Stadt getroffen hat. Die Kernfrage bei der gesamten städtischen Wirtschafts- und Sozialpolitik ist eben die, inwieweit, im Rahmen der Möglichkeiten eine Politik gemacht wird, die alternativ ist zu der der Regierung, oder inwieweit sie diese auf unterer Ebene fortsetzt — und eben das zweite ist in Dortmund der Fall. Der erneute Abbau von 800 Stellen (nach 1100 im Vorjahr), die Kürzung von Sozialleistungen und städtischen Investitionen, die Verstärkung von Vorleistungen für die Privatbetriebe andererseits, das alles zeigt diese Tendenz äußerst klar.

Die Finanzpolitik setzt dies fort: Während in den letzten drei Jahren nahezu alle städtischen Gebühren wesentlich erhöht wurden, nahmen im selben Zeitraum die Mietzahlungen der Stadt um rund 1 auf über 7 Millionen jährlich zu, fiel die Zahl der Betriebe, die Gewerbesteuer entrichten, auf 28 Prozent, stiegen die Zinszahlungen auf über 80 Millionen.

Eine Wende in dieser städtischen Wirtschafts- und Sozialpolitik im Interesse der werktätigen Bevölkerung erscheint gerade in dieser Stadt dringend nötig. Hier muß notwendigerweise ein weiterer Schwerpunkt der Parteibeteiligung an der Kommunalwahl liegen.

Schließlich: Das „Rückfahren" im Bau städtischer Sozialwohnungen, die Tolerierung von Plänen, Billigstwohnungen für Ausländer zu bauen, leitet zur letzten Problematik über, mit der wir uns als Schwerpunkt zu befassen haben, der Ausländerfeindlichkeit. (...)

Rote Alternative für Dortmund

Grundsätze der KPD für eine Kommunalpolitik im Interesse der arbeitenden Bevölkerung

Dieses Programm für die Dortmunder Kommunalwahl wurde von der Ortsleitung der Partei verabschiedet. Es orientiert sich im wesentlichen an jenen Schwerpunkten, die die KPD bereits in der allgemeinen Debatte über ein Wahlbündnis eingebracht hatte. Natürlich ist bei der Formulierung vieler Passagen eine Kenntnis der grundlegenden Tatsachen aus verschiedenen Bereichen Dortmunds vorausgesetzt — auf dem Kenntnisstand des Lesens der Lokalpresse. Die bisherigen (allerersten) Erfahrungen mit der Verbreitung dieser „Roten Alternative" (das Programm wurde in einer Sonderausgabe der Dortmunder Stadtzeitung der KPD „Die Rote" veröffentlicht) haben darauf gesetzte Hoffnungen, so in die politische Diskussion zu kommen, durchaus erfüllt.

Nr. 3 September 84 — Zeitung der Ortsgruppe Dortmund der KPD

Die Rote für Dortmund

Rote Alternative für Dortmund — Kommunalwahlprogramm der KPD Dortmund — Seite 2

Das Stichwort Sozialismus

Gegen die Arbeitslosigkeit: Lieber keine Kapitalisten als keine Arbeit!

18 Prozent Arbeitslose in Dortmund. Hinter dieser Zahl verbirgt sich Elend und Verzweiflung. Alkoholismus, Drogenmißbrauch und Kriminalität greifen um sich. Die Oberen juckt das nicht. Im Kapitalismus zählt nur das: Der Profit muß stimmen.

Die KPD tritt ein für: Kommunales Wahlrecht für Ausländer!

Unser Hauptproblem in Dortmund ist und bleibt die Arbeitslosigkeit. Auch hier praktiziert man die Politik, Unternehmergewinne zu fördern, um so angeblich neue Arbeitsplätze zu schaffen. Diese Politik ist in Dortmund ebenso gescheitert wie in Bonn. Was als Modernisierung ausgegeben wird, sind in Wirklichkeit nur verdeckte Subventionen ans Kapital.

Eine andere Politik — das heißt:

Verstaatlichung der Stahlindustrie und des Bergbaus! Dafür muß sich die Stadt Dortmund einsetzen.

Statt Stellenkürzungen bei der Stadt, die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!

Statt zahlloser Zuschüsse an „ausbildungswillige" Unternehmer — Verwendung dieser Gelder für die Schaffung normaler überbetrieblicher Lehrstellen! Schluß mit dem „Ausbildungsprojekt" der IHK, Einhaltung tarifvertraglicher Regelungen!

Statt „Wirtschaftsförderung" durch Geschenke (an Rohwedder, Nixdorf, Steilmann, Derwald usw.) Verabschiedung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms, das durch diese Gelder und die Streichung zahlreicher kleinerer Zuschüsse (städtische Mietzahlungen, City-Bus) finanziert wird!

Statt privater Neuansiedlungspolitik (2,8 Millionen für Rohrlegen auf dem alten Union-Gelände) Verwendung dieser Gelder für ein Großprojekt „Fernwärme"!

Schluß mit der Unterstützung für den Hochtemperaturreaktor in Hamm, der weitere Arbeitsplätze im Bergbau vernichten wird!

Bisher hat die Stadt Dortmund auf die schwierige Lage so reagiert, wie es sich die Bonner CDU und die Kapitalisten wünschen: Kürzungen, Streichungen, Rotstiftpolitik, Gebührenerhöhungen. Frühere Wahlversprechungen — einst versprach die SPD Kindergärten zum Nulltarif — sind längst vergessen. Die Liste der betroffenen Einrichtungen und Menschen ist sehr lang. Frauen müssen weiterhin unter besonders schlechten Bedingungen arbeiten, „Kollege Computer" winkt als großer Bruder auch bei der Stadt.

Eine andere Politik — das heißt:

Schaffung neuer Kindergärten, Aufstockung der Stellenzahlen, Übernahme der von der katholischen Kirche aufgegebenen Einrichtungen, keine Unterstützung für das klerikale Erziehungswesen!

Schluß mit dem Kahlschlag im Kulturbereich! Für jeden Stadtteil eine Gesamtschule — dem Druck der CDU und ihrer Elitenbildung auf Kosten der Arbeiterkinder darf nicht nachgegeben werden!

Freiwillige Erhöhung der Sozialhilfezahlungen!

Kein Personalinformationssystem bei der Stadt!

Endlich Gleichberechtigung statt ewiger Versprechungen für die bei der Stadt beschäftigten Frauen!

Eine Politik, die finanziert werden kann durch eine schärfere Besteuerung der Unternehmer und Freiberufler, durch Herabsetzung der Zahlungen an die Banken.

***

Wahlkampfschlager der großen Parteien soll offensichtlich auch der Umweltschutz sein — Selbstverteidigung gegen die Erfolge der Grünen. Bodenverseuchung in Dortstfeld, Ölpanscherei im Hafen, Freigabe für Cuno — von Seiten der SPD kein Beweis, daß Wort und Tat übereinstimmen. Gar nicht zu reden von der CDU: siehe Buschhaus-Trick. Aber jeder Kandidat pflanzt einen Baum, die Rundschau findet die Luft noch besser... Gleichzeitig wird in aller Hast ein Flächennutzungsplan verabschiedet (einstimmig mit der CDU) der fußballfelderweise Grün verschlingt.

Daß beispielsweise Hörde zu den am meisten luftverschmutzten Orten NRWs gehört, daß die Pseudo-Krupp-Krankheit eine alarmierende Auswirkung der Umweltverschmutzung auf den Menschen darstellt, daß die Zahl der bronchitiskranken Kinder in Dortmund weit überdurchschnittlich hoch ist — das alles bleibt bei der großen Umweltparade der Ratsparteien vor der Wahl unerwähnt.

Immer wieder waren es Bürgerinitiativen, die Mißstände aufdeckten, meist zuerst beschimpft und belächelt. Die Verantwortlichen verschanzen sich hinter einem Schutzwall aus Vorschriften.

Eine andere Politik — das heißt:

Städtische Vorschriften für Luft und Boden! Dauernde Messung der Luftwerte um Ausweichmöglichkeiten abzuschaffen! Strikte Anwendung des Verursacherprinzips auch für Altschäden!

***

Aktuell hat es sich gerade im Bereich der Umwelt gezeigt, wie wichtig die demokratische Bestimmung durch die Bevölkerung ist. Aber viel mehr noch in anderen Bereichen werden täglich berechtigte Anforderungen und Initiativen im Dschungel der Paragrafen abgewürgt.

Eine andere Politik — das heißt:

Verständliche allgemeine Veröffentlichung der Entscheidungen des Rates, der Verwaltung und von Bürgereinsprüchen! Vetorecht der Bezirksvertretung bei Stadtteilangelegenheiten! Bevölkerungsentscheid auf Antrag von 1000 Bürgern!

Eine andere Politik — das heißt auch:

Bessere Kontrolle der Polizei (wir erinnern an die Prügler, die als SPD-Stadträte in Nachbarorten tätig sind). Wir erinnern an willkürliche Festnahmen (auf der B 1, in der diesjährigen Walpurgisnacht) — die Herr Manner immer gedeckt hat. Wie glaubwürdig ist die SPD, wenn ihre Polizei jedes Jahr am Karfreitag in der Bittermark aufspielt und anschließend Nazi-Versammlungen schützt?

Einführung einer besonderen Beschwerdekommission, um Übergriffe öffentlich zu machen und dadurch manchen zu verhindern! Einsprüche gegen die Beförderung von Leuten wie Weist und Muraski! Unterstützung solcher Initiativen wie „Bürger beobachten die Polizei"!

Die Stadt muß die Demonstrationsfreiheit sichern! Die Stadt muß sich zur Wehr setzen gegen Eigentümer, die Polizei und Räumbagger holen, um das Recht zu zerstören, anders zu leben, als es überkommene Sitte ist — eine Freiheit, die die Stadt sichern muß!

Am meisten unter dem Mangel an Demokratie haben die Menschen zu leiden, die auf der Suche nach Arbeit hierher eingewandert sind. Genauso auch die Asylanten, die in ihrer Heimat politisch verfolgt werden.

Eine andere Politik — das heißt:

Schluß mit der Asylantenhatz der Verwaltung!

Keine Genehmigung für das Projekt der Hoesch-Wohnungsbau, die am Borsigplatz ein neues Ghetto schaffen will — vernünftigen Wohnraum für alle!

Unterbindung des Nazi-Terrors und der Rassenhetze gegen Mitbürger ausländischer Nationalität, beginnend mit einem Verbotsantrag gegen die Borussenfront!

Kommunales Wahlrecht für Ausländer als ersten Schritt zur völligen Gleichberechtigung!

Maßnahmen der Stadt, die einer echten Integration dienen, Unterstützung aller entsprechenden Bürgerinitiativen!

***

Das sind die aktuellen kommunalpolitischen Vorschläge der KPD in Dortmund. Sie bedeuten eine wirklich andere Politik hier und heute. Das sind Forderungen, die in schroffem Gegensatz zu den Interessen der Reichen und Mächtigen stehen — ihre Verwirklichung aber würde die drückenden sozialen Probleme unserer Stadt wesentlich mildern. Sie würden die Positionen der Reichen etwas zurückdrängen — mehr Demokratie als Ahnung davon, wie ein revolutionärer Sozialismus sein kann, wenn das Kapital entmachtet und enteignet ist. Ein Rätesystem, kein bürokratischer Pseudosozialismus wie in der DDR — das ist es, wofür die KPD eintritt. Wer solch eine alternative Politik will, wer diese Perspektive gut findet — der soll am 30.9. KPD wählen. Eine Grundsatzentscheidung treffen anstelle wahltaktischer Überlegungen: KPD

PRESSEERKLÄRUNG

Arbeitskreis zur Unterstützung der unabhängigen schwarzen Gewerkschaften in Azania (Südafrika)

Der Arbeitskreis hatte sich im Anschluß an die Rundreise eines Vertreters der unabhängigen schwarzen Gewerkschaft der Gemeindearbeiter in Südafrika Anfang des Jahres gegründet. Eine wesentliche Aufgabe ist die Organisierung einer Spendensammlung für ein Auto für die unabhängige schwarze Dachgewerkschaft CUSA (Council of Unions of South Africa). Der Erfolg beim Aufbau der unabhängigen schwarzen Gewerkschaften hängt unter anderem wesentlich davon ab, ob die Transport- und Verbindungsprobleme gelöst werden können. Deshalb sammeln wir für das Auto für die CUSA.

Die eingegangenen Spenden haben bis zum 1.8.84 den Betrag von 1500 DM erreicht. In Verbindung mit dem Antikriegstag am 1. September wird eine gute Gelegenheit sein, erneut Spenden für die Beschaffung des Autos zu sammeln.

UNTERSTÜTZT DIE UNABHÄNGIGEN GEWERKSCHAFTEN IN SÜDAFRIKA!



Spendensammlung zur Unterstützung der unabhängigen schwarzen Gewerkschaften in Azania (Südafrika)

Seit Jahrzehnten kämpfen die schwarzen Arbeiter in Azania gegen Niedrigstlöhne, unmenschliche Arbeitsbedingungen, Entlassungen, rassistische Unterdrückung und politische Rechtlosigkeit und für den Aufbau eigener, unabhängiger Gewerkschaften. Insbesondere in den letzten Jahren hat die unabhängige schwarze Gewerkschaftsbewegung trotz brutaler Unterdrückung und Verfolgung durch das südafrikanische Regime große Fortschritte gemacht.

Neben politischer Unterstützung brauchen diese Gewerkschaften dringend materielle Hilfe. Ein großes Problem sind die fehlenden Transportmittel. Ohne eigene Autos ist es den Gewerkschaften fast unmöglich, außerhalb der großen Städte und vor allem in den Reservaten, ihre Mitglieder gewerkschaftlich zu betreuen, neue Mitglieder zu gewinnen, Informationsmaterial zu verteilen, notwendige Schulungen und Seminare durchzuführen, Beiträge zu kassieren, inhaftierte Gewerkschafter und ihre Familien zu unterstützen usw.

Wie wichtig die Möglichkeit zur landesweiten gewerkschaftlichen Arbeit für den Aufbau der Gewerkschaften ist, zeigt folgendes Beispiel: Das staatliche Stromversorgungsunternehmen ESCOM mit 30000 Beschäftigten in ganz Südafrika will die unabhängige Gewerkschaft SABMAWU erst anerkennen, wenn sie 15000 ESCOM-Beschäftigte organisiert hat. Vor allem aufgrund fehlender Transportmittel sind derzeit lediglich in Johannesburg und Umgebung über 50 PRozent der Beschäftigten Mitglieder der SABMAWU.

Auch der Erfolg des gerade begonnenen gewerkschaftlichen Alphabetisierungsprogramms für die Wanderarbeiter und in den Reservaten hängt wesentlich davon ab, ob das Transportproblem gelöst wird.

Mit dieser Spendensammlung soll deshalb ein Auto für die unabhängige schwarze Dachgewerkschaft CUSA, die elf Einzelgewerkschaftem mit über 100000 Mitgliedern repräsentiert, beschafft werden.

Spendenkonto: Eckhard Held (Azania), BfG Hamburg, Kto. Nr. 2349624701 (BLZ 20010111)

Arbeitskreis zur Unterstützung der unabhängigen schwarzen Gewerkschaften in Azania (Südafrika); zu erreichen über: E. Held, Lippmannstr. 23, 2 HH 50, Tel.: (040) 4300544

Fünf Tote in einer Woche

Schüler- und Studentenunruhen in Südafrika

Mörderische Polizeieinsätze

Johannesburg. In den Siedlungen für schwarze Bürger Azanias in den Vorstädten von Johannesburg protestieren schon seit geraumer Zeit Schüler und Studenten gegen die Bildungspolitik des rassistischen Regimes von Pretoria. Im Vorfeld der Scheinwahlen für Mischlinge und Inder in Südafrika eskalierten die Unruhen, bei massiven Polizeieinsätzen wurden bis Anfang dieser Woche mindestens fünf junge Menschen erschossen.

Die Proteste der farbigen Schüler und Studenten richten sich in erster Linie gegen die rassistische Bildungs- und Schulpolitik. Für eine Schulreform, für Mitbestimmungsrechte und Chancengleichheit kämpfen die Jugendlichen schon lange Zeit.

Am vergangenen Donnerstag reagierte die für schwarze Schulen zuständige Erziehungsbehörde wie schon so oft mit einer Schulschließung für 17 Schulen, die 30000 Schüler für unbestimmte Zeit aussperrte. Aber auch mit diesem Mittel können die für ihre Zukunft kämpfenden Jugendlichen nicht dazu bewegt werden, alles hinzunehmen, was das Rassistenregime will. In den Vororten Daveyton und Kathlehong östlich von Johannesburg gab es die größten Demonstrationen, auch die größten Ausschreitungen bei den Polizeieinsätzen. Drei schwarze Jugendliche wurden hier erschossen, mindestens zehn weitere verletzt. Ferner wurde in Daveyton die Leiche eines Vierzehnjährigen gefunden, der mehrere Schüsse in den Rücken erhalten hatte. Sein Tod sei noch nicht aufgeklärt, meinte ein Polizeisprecher. Aber jedermann glaubt zu wissen, wer den Jungen, hier in einem der Zentren der Rebellion der Schüler, erschossen hat.



Die Jugendlichen von Soweto — vor Jahren schon waren sie Symbol für den Widerstand. Jetzt geht eine neue Welle des Protestes von Jugendlichen durch das Land.

Weiterhin wurde bekannt, daß im Boksburg-Benoni-Krankenhaus von Johannesburg ein 18jähriger Schwarzer gestorben ist, der vor zwei Wochen bei Zusammenstößen mit der Polizei nach einer Demonstration einen Kopfschuß erhalten hatte. Letztes Opfer der schießwütigen Polizei von Südafrika: ein sechsjähriger Junge, der am vergangenen Freitag ebenfalls in einer Vorstadt von Johannesburg erschossen wurde.

Nach Agenturberichten geht die Polizei mit Tränengas, Gummigeschossen, mit Vogelschrot und auf „normale" Art scharf geladenen Gewehren auf Jugendliche los, wenn sie sich zu einer Demonstration versammeln. Ähnlich wie auf den Straßen der Vorstädte geht es auch auf den Universitäten zu. Dort, wo Schwarze überhaupt studieren dürfen, in den Universitäten der sogenannten Homelands, regiert ebenfalls der Polizeiknüppel. So wurden in Umtata, der Hauptstadt des Homelands Transkei, nach Angaben des Universitätspräsidenten Ben van Merwe zweihundert Studenten festgenommen, weil sie eine Vorlesung boykottiert hatten. Bei dem Polizeieinsatz während der Festnahmen wurde viele der zweihundert erst einmal brutal zusammengeschlagen.

Nach übereinstimmenden Meldungen aller Agenturen dauern die Unruhen unter den Jugendlichen an ...



Polizeieinsatz gegen Wahlboykotteure. Die brutalen Schläger konnten den Erfolg der Boykottkampagne nicht verhindern.

Kein Visum für Jesse Jackson

Der frühere Mitbewerber um die Präsidentschaftskandidatur bei den Demokraten in den USA, Jesse Jackson, darf nicht nach Südafrika reisen. Jackson, der als Farbiger auch Sprecher der US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung ist, wurde ein Visum für Südafrika verweigert. Ein Sprecher der südafrikanischen Botschaft fand, ein Besuch des schwarzen Politiker sei „unangebracht".

Schwere Schlappe für Rassistenregime

Scheinwahlen boykottiert

Pretoria. Zu einer schweren Schlappe für das rassistische Botha-Regime in Südafrika wurden die ersten Wahlen, die die Herrschenden für die Minderheit der Mischlinge und für indische Bürger des Landes veranstalten wollten. Da die zu wählenden Abgeordneten und die neuen Organe völlig rechtlos sind, die ganze Wahl nur ein kosmetischer Akt war, entstandt ein breiter Boykottaufruf fast aller oppositionellen Kräfte in Azania.

Die Nationale Partei des amtierenden Premierministers Pieter Botha hatte mit einer groß angekündigten Verfassungsreform versucht, den Kritikern ihres rassitischen Systems der Apartheid Wind aus den Segeln zu nehmen. Kernstück einer neuen Verfassung war dann erstmals das Wahlrecht für nichtweiße Bürger des Landes, für Mischlinge und die Inder, die in Südafrika leben. Der größte Teil der Bewohner des Landes, die Schwarzen, waren weiterhin von jeglicher Demokratie ausgeschlossen. Natürlich hatten die Rassisten vorgesorgt. Die Kammern, die mit den zu wählenden „Nichtweißen" gebildet werden sollen, haben keinerlei politische Macht, die bleibt weiterhin voll in den Händen der herrschenden Weißen.

„Der erste Schritt zu einer gerechten Machtverteilung in Südafrika", so nannte diese „Reform" der Premierminister Botha. So sollte die Wahl auch im Ausland verkauft werden, sollte der internationalen Öffentlichkeit Sand in die Augen gestreut werden.

Das mißlang natürlich. Schon seit der Verfassungsreform, jetzt vor den Wahlen verstärkt, sprach die in verschiedenen Bündnissen zusammengeschlossene Opposition in Südafrika offen von Scheinwahlen. „Betrügerische Machenschaften ratloser Apartheidspolitiker", so nannte es die oppositionelle United Democratic Front (UDF). Und der ausgegebene Boykottaufruf wurde breit befolgt: **Nur 20 Prozent der eingetragenen indischen Wahlberechtigten gaben ihre Stimme ab, bei den Mischlingen waren es auch gerade 30 Prozent.**

Und dieser Boykott ist gegen eine massive Enschüchterungskampagne des Staates und der Polizei durchgehalten worden. Wer zum Boykott aufrief, wer gegen die Wahlfarce demonstrierte, war Freiwild für die Polizei, die auf ihre Weise „Wahlkampf" machte. Mit harten Gummipeitschen ging sie auf Demonstranten los, Tränengaseinsätze machten aus dem Wahlkampf aber zeitweilig einen regelrechten Straßenkampf. Der Versuch, mit brutaler Gewalt, mit Verhaftungen von Oppositionellen und Polizeiterror die Wahlen einfach durchzuziehen, ist aber gescheitert. Einer der Sprecher der Opposition, der farbige Pastor Allan Boesak aus Kapstadt, meinte dann auch zu den Vorfällen während des Wahlkampfes und zum Ergebnis, es sei nunmehr bewiesen, daß „wir nicht in das sinkende Boot der Weißen gehen".

So gerieten die Wahlen zu einer eindrucksvollen Demonstration gegen das Regime von Pretoria, das seinen Plan, mit dieser Wahl international besseres Ansehen zu bekommen, wohl erst mal begraben kann. Gestärkt aus diesem Wahlkampf geht die Opposition hervor. Immer öfter wurden die Demonstrationen vom Motto „One Azania, one nation" — Ein Azania, eine Nation" bestimmt. Dieses Motto, diese Parole allein bringt schon immer wieder die Polizei auf den Plan. Aber verhindern kann sie den breiten Kampf gegen die Herrschaft der Rassisten auch nicht mehr.

Letzte Meldung

Bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe des RM berichten die Agenturen von neuen großen Auseinandersetzungen in Azania. Am Montag, den 3. September, trat die neue Verfassung in Kraft. Diese Verfassung, die mit einigen Scheinreformen angeblich neben den Weißen auch Mischlinge und Inder am Parlament beteiligen soll, war Anlaß für große Protestdemonstrationen in verschiedenen Städten. Wieder griff die Polizei mit äußerster Brutalität ein. Nach den jetzt vorliegenden Meldungen haben die Unruhen der letzten Tage schon mindestens neun Todesopfer gefordert.

Meldungen

Polen

Gedenkfeiern

Am vierten Jahrestag der Unterzeichnung des Abkommens von Gdansk, das die Regierung nach langen Kämpfen der Arbeiter akzeptierte, kam es in ganz Polen zu Gedenkfeiern. Am Denkmal der Opfer des Arbeiteraufstandes von 1970 in Gdansk wurde Kränze und Blumen niedergelegt, in einigen Städten kam es auch zu Demonstrationen. Zwar hatte die Untergrundleitung der mittlerweile verbotenen Gewerkschaft Solidarność diesmal nicht, wie in den letzten Jahren zu landesweiten Demonstrationen aufgerufen, aber nicht alle Regionalführungen hielten sich daran. So kam es neben kleineren Aktionen, wie dem Boykott öffentlicher Verkehrsmittel auch zu Straßendemonstrationen.

Israel

Koalitionsprobleme

Nachdem es tagelang danach ausgesehen hatte, als hätten sich die beiden großen Parteien in Israel, der Likud-Block des alten Premierministers Shamir und die Arbeiterpartei von Peres auf eine große Koalition geeinigt, sieht es zu Wochenbeginn wieder nicht danach aus. Die Differenzen der beiden Parteien sind weniger in grundlegenden Fragen israelischer Politik zu suchen. Hier stimmen sie in wichtigen Fragen überein. So im geeminsamen Traum von einem „Groß-Israel“ auf Kosten der palästinensischen Bewohner, in der völkerrechtswidrigen Siedlungspolitik, im Plan die tiefgehende Wirtschaftskrise, verursacht durch einen wahnsinnigen Rüstungsetat auf Kosten der breiten Masse der Bevölkerung abzuwenden.

Nach ersten Verhandlungen hatte man sich geeinigt, das Amt des Ministerpräsidenten abwechselnd Peres und Shamir zu übertragen. Jetzt möchte jeder als erster Premierminister sein. Andererseits möchte jede Partei bei der Amtszeit des Premierministers der jeweils anderen Partei wichtige Ministerien kontrollieren.

Nicaragua

Hubschrauber abgeschossen

Bei einem Luftangriff von vier raketenbestückten Flugzeugen und einem Hubschrauber auf südliche Provinzen Nicaraguas ist der Hubschrauber in Nicaragua abgeschossen worden. Dieser Angriff der konterrevolutionären Organisation FDN ist wieder mit ziemlicher Sicherheit von den USA unterstützt worden. Wie die „Washington Post“ zu Meldungen aus Managua schrieb, nach denen ein US-Bürger an Bord des abgeschossenen Hubschraubers gewesen sei, weise die Regierung der USA zwar jede direkte Beteiligung an dem Angriff von sich, überprüfe aber, „ob ein US-Bürger als Privatperson beteiligt“ gewesen sei. Das ist die alte, bekannte Methode des CIA, so wird ein Krieg ohne „reguläre“ Soldaten geführt.

Türkische Intellektuelle vor dem Kriegsgericht

Jegliche Opposition soll zum Schweigen gebracht werden

Vor einigen Monaten hatten rund 1200 türkische Intellektuelle in Form eines offenen Briefes die Verletzung der Menschenrechte, die weiterhin beschnittenen Rechte der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, sowie die Not zahlreicher Menschen in Folge von Arbeitslosigkeit aufgegriffen und kritisiert. Nun wird ihnen der Prozeß gemacht.

Auf persönliche Intervention des Staatspräsidenten und Ober-Putschisten General Kenan Evren, müssen sich nun 54 der rund 1200 Intellektuellen vor einem Kriegsgericht wegen ihres Aufrufs verantworten. Prominente Schriftsteller wie Aziz Nesin und Yasar Kemal, Schauspieler, Sänger, Journalisten, Rechtsanwälte, Ärzte usw. wurden nach der Veröffentlichung ihres Briefes von Evren und anderen Faschisten als Vaterlandsverräter, als gesichtsloses Gesindel, als Parasiten und auf ähnliche Art und Weise beschimpft.

Die „Schuld“, die sich diese mutigen Menschen aufgeladen haben, ist es, das Gerede von der Demokratisierung der Türkei zu hinterfragen und auf Antworten zu dringen. Obwohl in ihrem offenen Brief selbst der Militärputsch vom 12. September 1980 nicht in Frage gestellt, dieser sogar als Ausgangspunkt für einen Neuanfang akzeptiert wird, werden sie nun strafrechtlich verfolgt.

Den angeklagten Intellektuellen wird der Vorwurf gemacht, bestehendes Gesetz dahin gehend gebrochen zu haben, daß sie für eine Petition Unterschriften gesammelt oder geleistet hätten, ohne daß diese genehmigt worden wäre. Ein Vergehen in der Türkei, das mit mehreren Monaten Gefängnis belegt werden kann.

Dieser Prozeß gegen die Meinungsfreiheit verdeutlicht, was von der gerade auch aus Bonn gelobten Demokratisierung in der Türkei zu halten ist.



Als Premierministerin Thatcher und als Polizist verkleidet demonstrierten mit vielen anderen Bergarbeiterfrauen diese beiden Frauen vor dem Kongreß des Gewerkschaftsdachverbandes TUC für die Solidarität mit den streikenden Bergarbeitern.

Jahreskongreß des TUC

Solidarität mit den Bergarbeitern

Auf dem Jahreskongreß des britischen Gewerkschaftsdachverbandes TUC (Trades Union Congress) ist zu Wochenbeginn mit großer Mehrheit dafür gestimmt worden, die streikenden Bergarbeiter in ihrem Kampf gegen Zechenstillegungen und Arbeitsplatzabbau zu unterstützen.

In der kommenden Woche wird der Kampf der Kumpel ein halbes Jahr andauern. Trotz einiger Gegenstimmen — vor allem von der Gewerkschaft der Stahlarbeiter, die um die Arbeitsplätze ihrer Mitglieder bangt, hat die überwältigende Mehrheit auf dem Kongreß in Brighton die *„totale Solidarität“* mit den Bergarbeitern beschlossen. Bislang hat sich der Vorstand des TUC weitgehend aus dem Arbeitskampf im britischen Bergbau herausgehalten. Jetzt empfahl der TUC-Vorstand der Delegiertenversammlung neben der finanziellen Unterstützung der Bergarbeiter die Totalblokkade aller Kohletransporte sowie des Transportes von Öl, das die bestreikte Kohle ersetzen soll.

Die strikte Befolgung dieses Beschlusses würde nahezu die gesamte britische Industrieproduktion lahmlegen und käme einem Generalstreik gleich. Wie weit die Differenzen innerhalb des Gewerkschaftsverbandes diese geschlossene Durchführung des Beschlusses verhindern, läßt sich zu Wochenanfang noch nicht übersehen. Tatsache aber ist, daß die Abstimmungen auf dem Kongreß zunächst einmal einen großen Erfolg für die Bergarbeiter darstellen.

Mehrere tausend Kumpel waren auch nach Brighton gereist und haben vor dem Gebäude, in dem der Kongreß tagte, machtvoll demonstriert. Die Polizei hatte starke Verbände zusammengeholt und riegelte das Kongreßzentrum hermetisch ab. Die Regierung Thatcher, die die Bergarbeiter aushungern will, die kompromißlos ihr Stillegungskonzept durchziehen will, hat eine große Schlappe erlitten, sie wird sich, ein halbes Jahr nach Streikbeginn, auf eine weitere große Kraftprobe gefaßt machen müssen.

Staatenunion zwischen Libyen und Marokko

Eine reaktionäre Allianz

Die Außenpolitik des libyschen Staatschefs Ghaddafi läuft immer wieder im Zickzack. Neben klaren Offensiven gegen die Weltmacht USA und andere imperialistische Mächte, die die Vorherrschaft im Mittelmeerraum anstreben, läßt sich Ghaddafi immer wieder mit reaktionären Despoten, mit rückschrittlichen Kräften und Staaten ein. Jüngster Fall dieser Politik ist das umfangreiche Vertragswerk Libyens mit dem Marokko des Königs Hassan.

Das Vertragswerk sieht weitgehende politische, wirtschaftliche, kulturelle und militärische Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten vor. Dafür hat Libyen auf die bislang gewährte Unterstützung der Freiheitskämpfer der Polisario verzichtet, die im Kampf gegen das reaktionäre Regime des Königs Hassan stehen. Hassan, der in seinem Land wie ein mittelalterlicher Despot herrscht, hat noch im Januar auf das Volk schießen lassen, das ganz einfach Brot forderte. Viele der damals Gefangengenommenen sind bis heute in Haft, viele zu langjährigen Haftstrafen verurteilt worden.

Ein Hungerstreik, der wegen der sogenannten Brotunruhen Verhafteten, hat gerade jetzt wieder ein Todesopfer gefordert. Moulay Douraidi ist das dritte Todesopfer des Hungerstreiks in marokkanischen Gefängnissen. 16 weitere Gefangene sollen im Koma liegen. Seit dem 4. Juli sind Gefangene der Brotunruhen im Hungerstreik. Sie fordern bessere Behandlung, medizinische Betreuung, Besucherlaubnis für Familienangehörige und anderes. Bislang hatten die Hungerstreikenden trotz ihres gefährlichen Zustandes keinerlei medizinische Versorgung erhalten.

Dieses aktuelle Beispiel mag genügen, um zu zeigen, welche Politik Hassan in seinem Land betreibt. Die einfachen Leute, die für Brot auf die Straße gehen, werden beschossen, eingesperrt unter unmenschlichen Bedingungen gefangengehalten. Ihr Protest, der sich gegen weitere Opfer der Bevölkerung richtete, die der Internationale Währungsfonds von König Hassan verlangte, wurde im Blut ertränkt. Ein Bündnis dieses Regimes mit Libyen kann nichts Gutes bedeuten. Ghaddafi, der die Staatenunion als einen Schritt zu einer „größtmöglichen Front“ für den Kampf gegen die USA bezeichnete, muß sich vorhalten lassen, wohl eher großarabische, nationalistische Pläne im Kopf zu haben, wenn er sich ausgerechnet mit Hassan einläßt. Gemeinsame Interessen Marokkos und Libyens im Tschad in Konkurrenz zum französischen Imperialismus spielen sicher dabei auch eine Rolle. „Die geopolitische Lage in Nordafrika wird sich verändern“, so kommentiert die gesamte Presse. Richtig —, aber ob es im Interesse der Völker Nordafrikas geschieht, muß stark angezweifelt werden.



Streikalltag in England. Links ein von Polizisten beschädigtes Auto mit Streikposten der Bergarbeiter. Rechts die Antwort der Kumpel: Polizeiauto auf dem Buckel.

Automobilarbeiter in den USA

Bei Ford und GM 90 Prozent für Streik

DETROIT. — Nach Beginn der Tarifverhandlungen in der US-amerikanischen Automobilindustrie stehen sich die Fronten hart gegenüber. Während die Kapitalisten weiteren Arbeitsplatzabbau vorbereiten und nicht bereit sind, irgendeine Lohnerhöhung zu zahlen, haben die organisierten Automobilarbeiter bei Ford und General Motors (GM) mit über 90 Prozent einem Streik zugestimmt.

1982 hatten die Gewerkschaften mit einem Lohn- und Sozialleistungsverzicht den Unternehmern rund 3,5 Milliarden Dollar (bis heute gerechnet) beschert. Die Rekordgewinne der Konzerne, allein GM rechnet in diesem Jahr mit fünf Mrd. Dollar, die wahnsinnigen Prämien für die Manager (der RM berichtete) lassen jetzt unter den Arbeitern die Forderung nach einer Lohnerhöhung lautstark aufkommen. Die Konzerne aber blokken ab. Allerhöchstens Prämien zwischen 600 und 1600 Dollar pro Jahr bieten sie an. Und über Arbeitsplatzgarantien wollen sie auch nicht verhandeln. Im Gegenteil. Die neuesten Pläne sehen weitere Produktionsauslagerungen vor. General Motors hat mit den Konzernen Isuzu und Suzuki ein Abkommen abgeschlossen, daß die jährliche Lieferung von 280000 Wagen an GM vorsieht, Ford will im Billiglohnland Mexico eine Fabrik zur Produktion von Kleinwagen bauen. Der Vorsitzende der Automobilarbeitergewerkschaft UAW, Owen Bieber, erklärte zu diesen Plänen, daß diese Produktionsauslagerungen „ungefähr 500000 Arbeitsplätze zerstören würden“.

So wurde folgerichtig bei Ford und GM sofort eine Urabstimmung eingeleitet, die den erwähnten 90-Prozent-Erfolg hatte. Die Kampfmaßnahmen, der Streik soll schon am 14. September beginnen. Der UAW-Vorsitzende wies aus diesem Anlaß auf die mit 600 Millionen Dollar gefüllte Streikkasse hin. Die Regierung Reagan hat sich auch schon offen in den Arbeitskampf eingemischt. Sie warnte die Gewerkschaft vor „übertriebenen“ Forderungen und stellte ein Ende der Importbeschränkungen für ausländische Autos in Sicht, was bei den Automobilarbeitern die Angst um die Arbeitsplätze erhöhen soll. Besondere Bedeutung kommt dem bevorstehenden Arbeitskampf auch im Hinblick auf die Präsidentschaftswahlen im Herbst zu. Ein großer Arbeitskampf im Vorfeld dieser Wahlen käme Ronald Reagan bestimmt nicht zu Recht.



Wieder ausgegraben: Streikschilder der Automobilarbeitergewerkschaft UAW

Spenden

(als Scheck oder Postanweisung)
an
National Union of Mineworkers (Kent Area)
Miners Office account 30131703
Waterside House
Cherry Tree Avenue
Dover CT 16 2 NJ, England
oder an Verlag RM
Stadtsparkasse Dortmund Kto.-Nr. 321000290,
(BLZ 44050199) Stichwort „Bergarbeiter“

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
13.00-13.30	9375 kHz	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
14.30-15.00	9375	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
16.00-16.30	9375	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
18.00-18.30	9375	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
19.00-19.30	7310	41 Meterband KW
	9375	31 Meterband KW
	1395	215m MW
	2. Programm	
21.30-22.00	7310	41 Meterband KW
	5985	49 Meterband KW
	1458	206m MW
23.00-23.30	7310	41 Meterband KW
	5985	49 Meterband KW
	1458	206m MW
6.00-6.30	7310	41 Meterband KW
	9375	31 Meterband KW
	1395	215m MW



Am 9. September in Dortmund:

Künstler für den Frieden

Ab 14.00 Uhr in der Westfalenhalle



Am Sonntag, dem 9. September, kommt es im Rahmen des vierten Forums der Krefelder Initiative „Der Atomtod bedroht uns alle — Keine Atomraketen in Europa" zu einer Großveranstaltung „Künstler für den Frieden" mit Mitwirkenden aus neun Ländern. In der großen Westfalenhalle treffen sich Künstler unterschiedlicher Sparten, denen gemein ist, daß sie, beunruhigt durch die Verschärfung der internationalen politischen Lage und die wachsende Kriegsgefahr, alarmieren wollen, ihren Widerstand zum Ausdruck bringen wollen. Ein buntes Musikprogramm ist vorgesehen, Liedermacher kommen, Folk, Rock und ernste Musik werden geboten, bildende Künstler sind vertreten, Kabarett, Schauspiel, Rezitatoren, Chöre, Pantomimen, Kindertheater und vieles andere mehr geht ab 14.00 Uhr in Dortmund über die Bühne.

Besondere Beiträge im Rahmen dieser Großveranstaltung hat die Initiative „Sportler für den Frieden — Sportler gegen Atomraketen" zugesagt, ebenso die Initiative: „Künstler für den Frieden" aus Dortmund. Bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe hatten unter anderem folgende Künstler schon zugesagt: H.K. Bast, Leo Bardischewski, Esther Bejarano, Senta Berger-Verhoeven, Curt Bois, bots, Wolf Brannasky, Bröselmaschine, Peter Busch, Chor Bremer Gewerkschafter und James Phillips, Chor Essener Gewerkschafter, Chor Recklinghäuser Gewerkschafter, Cem Caracho, Dr. Dieter Dehm-Lerryn, Ina Deter, Ruth Drexel und ein Ensemble Tiroler Volksschauspieler mit Martin Sperr, Ekkes Frank, Prof. Nicolas A. Huber, Lutz Görner, Max von der Grün, Herbert Grönemeier, Ilapu, Fasia Jansen, Kinderballet der Rheinischen Musikhochschule Köln, Dietrich Kittner, Einhard Klucke, Jochen Kolenda, Maren Kroymann, Dieter Lattmann, Klaus Lage und Band, Lilo Rauner, Tebstock-Band, Ensemble der Ruhrfestspiele Recklinghausen, Helmut Ruge, Inga Rumpf und Nico Müller, Sands Family, Tana Schanzara, Dietmar Schönherr, Schröders Roadshow, Erika Skrotzki, Milan Sladek, Dieter Süverkrüp, Harry Täschner, Margarethe von Trotta, Türkischer Arbeiterchor, Fredik Vahle, Zupfgeigenhansel u. v. a. m.

Karten sind an den Vorverkaufsstellen für 10,— DM zu haben, Tageskasse 12,— DM. Schüler, Studenten, Arbeitslose, Azubis, Soldaten und Zivildienstleistende zahlen 8,— DM.

Kaiser Wilhelm der letzte kannte während seines Krieges gegen den Rest Welt keine Parteien mehr, er kannte *„nur noch Deutsche"*.

Ronald Reagan kennt noch weniger. Originalzitat bei einem Empfang für rund 1000 Frauen anläßlich des „Tages der Gleichheit der Frau": *„Es gibt keine Männer- oder Frauenfragen mehr, sondern nur noch Fragen, die uns alle als Amerikaner angehen."*

Ein neuer Scherz?

„Reagan hält seine Versprecher", so einer der neuesten „Radikalauer" von Winfried Thomsen in „konkret". Daß dieser Versprecher, von der angesagten Bombardierung der Sowjetunion kein Ausrutscher war, sondern dem Denken und den Zielen der Herren des US-



US-General Briggs

Imperialismus entspricht, zeigt ein neuer Skandal, der in etwa auf gleicher „humoristischer" Höhe liegt.

Die Aschaffenburger Drukkerei „Grafic Arts" hatte Anfang August einen Auftrag erhalten. Der Auftrag kam von Offizieren aus dem Büro des Führungsstabs des „1st Personnel Command" der US-Streitkräfte in Westdeutschland. Ein Plakat sollte gedruckt werden. Der Chef der Druckerei empfand es als so heiß, daß er es, unterstützt nur von einer Arbeiterin nach Feierabend selbst druckte. Das Poster im dreifarb Siebdruck zeigt einen ranghohen Offizier aus dem Hauptquartier der US-Landstreitkräfte in Europa, den Generalmajor Charles F. Briggs. Und unter seinem Bild steht, warum die US-Armee hier ist. „We're here to kill Russians!" „Wir sind hier, um Russen zu killen", ganz einfach. Und dies Plakat mit dem Konterfei von „Chuck" Briggs war als Abschiedsgeschenk der Offiziere an ihren Vorgesetzten gedacht, der in die USA zurückbeordert wurde, wo er zum Personalchef im Oberkommando des Heeres aufstieg.

Nicht so lustig wie sie Offiziere im Hauptquartier fanden dies Abschiedsgeschenk die Drucker von „Grafic Arts" und ihnen ist zu verdanken, daß diese Geschichte an die Öffentlichkeit kam. Zwar wurde das Poster nach Fertigstellung sofort unter Verschluß genommen, von der Army wie eine geheime Kommandosache behandelt, aber eine Abbildung der Druckvorlage gibt es — sie ist ein weiterer Beweis für den mörderischen Geist in der US-Army.



Die Druckvorlage für Briggs' Abschiedsgeschenkt. Ein Bild des Generals mit der Unterschrift: Wir sind hier, um Russen zu killen.

Aus unserer Serie:

Mein schönstes Ferienerlebnis!



Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld 1**, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum**, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Mir - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund** (Brackel), Kontaktadresse: Helmut Weiss, Am Westheck 109a, Tel.: (0231) 20931

4100 **Duisburg 12**, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: (0203) 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffent: Sa 10 - 12 Uhr.

2000 **Hamburg 6**, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

3000 **Hannover 91**, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzkyring 29, Tel.: (0511) 466529.

7100 **Heilbronn**, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 **Kiel 1**, Bücherbörse Karola Firzlaff, Gutenbergstr. 46, Tel.: (0431) 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr und 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30**, Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37 a, Tel.: (0221) 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

5090 **Leverkusen 3**, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318.

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: (0621) 523966.

7000 **Stuttgart 1**, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: (030) 4653966, geöffnet: Mo + Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.